

# Vereins-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 42

Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus Großstraße 1. Fernspr. 6, 8246.

Hamburg,

Sonnabend, 18. Oktober 1913.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
paraillele oder deren Raum 50 Pfg.  
(Der Betrag ist stets v o r h e r einzufenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

27. Jahrg.

## Kritische Betrachtungen über die Ausperrung 1913.

Nachdem der größte Kampf, den unsre Organisation bisher mit den Unternehmern auszukämpfen hatte, hinter uns liegt, und die Wogen des Kampfes sich einigermaßen geglättet haben, ist es an der Zeit, nochmals den Blick rückwärts zu wenden, zu prüfen, ob und welche Fehler in unsrer Position gemacht wurden und daraus die Lehre zu ziehen, die gemachten Fehler bei den künftigen folgenden Kämpfen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Der Kampf ist zwar heute noch nicht endgültig abgeschlossen, im Rheinland muß er noch mit ungebrochener Kraft weitergeführt werden, und ob daraus nicht noch Weiterungen entstehen, kann heute niemand mit Bestimmtheit voraussagen. Immerhin, ein gewisser Abschluß ist für uns mit der herabstreichenden Geschäftslage gegeben und halten wir uns für verpflichtet, den Rückblick zu wagen.

Die Generalversammlungen des Verbandes haben sich bereits eingehend mit dem Lohnkampfe, seinen Folgen und der von uns eingeschlagenen Taktik beschäftigt, die Maßnahmen der Verbandsleitung wurden unterstützt und gutgeheißen, aber trotzdem ist es angebracht, nochmals in aller Ruhe die Lage des Kampffeldes zu übersehen.

Vor allem muß nochmals darauf hingewiesen werden, in welcher Weise sich die Kampfsituation von heute gegenüber der früherer Zeiten verschoben hat, weil ein Teil unsrer Kollegen die Schlüsse aus dieser veränderten Situation immer noch nicht gezogen hat. Die Gewerkschaften sind aus ihrem Anfangsstadium herausgewachsen. Heute sind die Gewerkschaften ausgereift und wissen ihren Gegner und ihr eigenes Tun richtig einzuschätzen. Wir wissen sehr wohl, daß auch der Gegner gewachsen ist und alles daran setzt, um uns möglichst häufig und möglichst große Niederlagen zu bereiten. Das ungeschüme „Drausgehen“ hat deshalb seinen Zweck verfehlt, statt dessen ist kühle Berechnung eingetreten. Früher konnte mit einem energisch geführten Angriff unser Gegner noch eingeschüchtert werden. Die Gewerkschaften haben mit ihren Mitgliederzahlen und ihrem Verbandsvermögen an der breiten Öffentlichkeit renommier und es gelang damit, dem schlecht organisierten Unternehmertum einen gewaltigen Respekt einzusößen.

Heute sind die Zeiten andre geworden. Auch das Unternehmertum hat seine Kampfzeiten geschlossen, man hat die Schwächen der Gewerkschaften allmählich herausgefunden, eine sichere Kalkulation bringt die Berater der Unternehmer der Wirklichkeit über unsre Kampfbereitschaft immer näher, und daraus allein ist es schon bedingt, daß die Kämpfe größer, die Siege verhältnismäßig kleiner werden.

Die Demokratie leidet gegenüber unsern Gegnern an einem großen Fehler, der darin liegt, daß wir viel zu viel an der breiten Öffentlichkeit verhandeln müssen. Die Massen, die für unsre Bewegungen in Frage kommen, sind viel zu groß, als daß sich alles hinter verschlossenen Türen vorbereiten ließe; dadurch sind wir in der unangenehmen Lage, daß wir dem Gegner immerwährend, besonders aber vor einem Kampfe, zu offen unsre Karten sehen lassen müssen. Bei unsern Gegnern, dem organisierten Unternehmertum, ist das viel weniger der Fall. Sie tagen hinter verschlossenen Türen, und wenn wir nicht durch Invidiosität, was zwar meistens der Fall ist, Aufklärung über die Situation erhalten, so sind wir über die Bewegungen des Feindes sehr schlecht unterrichtet. Bei den früheren Kämpfen war die Sache für die Gewerkschaften nicht so ängstlich. Unser Vorprung in der Zentralorganisation, der Stand unsrer Mitgliederbewegung und unsre finanzielle Stärke gestatteten uns, offen aufzutreten. Wir konnten unsre Waffen zeigen und ausrufen: „Kommt mal her, wenn ihr Mut habt!“ Seitdem unsre Feinde aber mit den gleichen Waffen kämpfen und uns an Macht ebenbürtig sind, hat diese Renommiererei keinen Wert mehr, wir müssen vielmehr versuchen, die Schwächen

unsrer Gegner auszunutzen; es ist daher eine große Torheit, schon im Voraus zu verraten, wann und wie man den Gegner angreifen will.

Die leitenden Kreise der Verbände mußten deshalb im Interesse des Kampfes, im Interesse des Sieges mehr und mehr dazu übergehen, den Kreis der Wissenden zu beschränken und auch über die Strategie, über die Lage des Kampfes sich immer mehr in Stillschweigen hüllen, wollten sie dem Gegner nicht noch mehr als es ohnehin schon der Fall ist, die Situation verraten. Dieses Stillschweigen wird aber seitens der Mitglieder wieder falsch gedeutet. Hat man es doch oft hören müssen: daß der Vorstand wohl selbst nicht weiß, was er will; man hat die Anweisungen nur widerwillig befolgt, weil man den Zweck nicht richtig einzuschätzen wußte, kurz, eine Reihe Mißverständnisse zwischen der Leitung und den Kollegen ist aufgetreten, die ihre letzte Ursache nur darin haben, daß man eben in gewissen Situationen auch den Mitgliedern nicht alles öffentlich unterbreiten kann. Wir wissen auch jetzt schon, wann wir diese Kritik an die Öffentlichkeit bringen, daß wir damit unsern Gegnern Stoff ausliefern, aber das läßt sich eben schwer vermeiden, wenn man allen Mitgliedern gerecht werden will. Vielleicht sind aber diese Zeilen dazu angetan, unsre Kollegen zu überzeugen, daß sie bei künftigen Fällen unbedingt Disziplin zu wahren haben, auch wenn sie im Augenblick den Zweck der Anleitung nicht ganz einsehen können.

Zweifellos wäre es auch für die Gewerkschaften besser, wenn sie, nachdem sie doch einmal Kampforganisationen sind, mit ihren Veröffentlichungen sparsamer wären. Heute kennt der Gegner unsre Mitgliederzahl, er kennt unsern Massenbestand, und wenn auch nicht ganz sicher, so doch annähernd läßt sich ausrechnen, wie lange und mit welcher Energie ein Kampf mit eigenen Mitteln geführt werden kann. Das sind Dinge, die durchaus nicht notwendig sind, die auch nicht dazu angeht, unsre Situation im Kampfe zu verbessern. Nachdem wir aber auf der andern Seite verpflichtet sind, unsern Mitgliedern gegenüber Rechenschaft abzulegen, so können die Zahlen nicht verschwiegen werden.

Wir können es heute auch eingestehen, daß wir über die Situation im Unternehmerlager sehr gut unterrichtet waren. Gerade deshalb hatten wir Zeit, den Angriff abzuwarten.

Die Kalkulation im Unternehmerlager ging dahin, daß, wenn in den verschiedenen Orten eine Teilausperrung erfolgt, wenn die verschiedenen Betriebe nur die ihnen als organisiert bekannten Kollegen aussperrten, der dadurch entstehende Wirrwarr dazu führen würde, daß wir die Betriebe ganz stilllegen und der Kampf damit für die Unternehmer die geschlossene Einheit und für uns eine rasche Niederlage bringen würde. Dieser Kalkulation mußte ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. So war denn unsre Stellung von Anfang an darauf gerichtet, das Kampffeld nicht zu erweitern. Die Unternehmer kannten allerdings vielfach ihre Betriebe selbst nicht genau, außerdem hatten sie eine solche Kampf Stimmung, daß ihnen die Hauptsache war, den ganzen Betrieb zu schließen. Organisiert und unorganisiert, alles wurde auf die Straße geworfen. Leider müssen wir heute eingestehen, daß auch unsre Kollegen zum Teil die Situation nicht begriffen, daß teilweise Kollegen herausgezogen wurden, ja, daß zum Angriff übergegangen ist. Mit dem Angriff wurde zunächst einmal erreicht, daß auch die Unternehmer, die vielleicht nur widerwillig der Ausperrung gefolgt waren, nun geschlossen auf die Seite der Unternehmer traten; man hat damit den Arbeitgeberverband gestärkt und auf der andern Seite wurde damit unsre Klasse unnötig belastet. In Anbetracht der Situation hätte ein Angriff unter keinen Umständen erfolgen dürfen, unser Ziel hätte vielmehr darauf gerichtet sein müssen, zunächst die Ausperrung tollkühnen zu lassen. Das wäre schneller geschehen, wenn man die Unternehmer, die wankelmütig waren, unbehelligt gelassen hätte. Wäre so Zwietracht in den Unternehmertreibern eingerissen, so hätten sicher

noch andre Meister ihre Ausgesperrten wieder eingestellt und die Ausperrung wäre im Sande verlaufen. Gegen diese Berechnung des Vorstandes wurde ins Feld geführt, daß man dann zwar den Kampf abgewehrt hätte, aber damit wäre weder ein Tarif noch eine Lohn-erhöhung geschaffen worden. Auf den ersten Anschein hat dieses Argument etwas für sich, doch kann es bei weiterem Nachdenken nicht Stich halten. Zweifellos wäre es nach der betrachteten Ausperrung wieder zu Verhandlungen gekommen, wie es ja auch nach dem Kampfe zu solchen kommen mußte, und der Schlusseffekt wäre derselbe gewesen. Andre waren wieder der Meinung, daß sie durch den Angriff erwarteten, noch mehr, als bereits durch den Schiedsspruch festgelegt war, für die Kollegen herauszuholen zu können. Auch diese Auffassung mußte in Anbetracht der Situation irrig sein. Die Unternehmer hatten ausgesperrt, weil ihnen die Schiedssprüche schon zu hoch waren, ihre Solidarität wurde durch die in ganz Deutschland erfolgte Ausperrung gestärkt, um so mehr, als die Unternehmerpresse fortgesetzt ganz unrichtige, viel höhere Zahlen über den Umfang der Ausperrung bekanntmachte. Unter solchen Umständen war bei einem Angriff, bei dem die Unternehmer zusammengetrieben wurden, an ein schnelles Ende nicht zu denken. Das war um so weniger der Fall, als allgemein bekannt war, daß man die Rundschicht vorbereitet hatte und viele Arbeiten tatsächlich zurückgestellt waren.

Für jeden einsichtigen Kollegen konnte es also nur den einen Weg geben, möglichst auf ein Abflauen der Ausperrung hinzuwirken. Damit hätten erhebliche Mittel gespart werden können. Im kapitalistischen Staat liegt aber im Kapital die Stärke, auch für die Gewerkschaften, und je größer unsre Mittel sind und bleiben, desto größer wird auch der Respekt unsrer Gegner sein. Die Schiedssprüche, um die der ganze Kampf doch im Grunde genommen geführt wurde, wären uns immer noch geblieben. Die Unparteilichen, die ihre Entscheidung mit einer formellen Begründung gegeben hatten, in welcher die Situation des Berufes treffend gewürdigt wurde, konnten unmöglich sagen, nun durch die Ausperrung ist die ganze Wirtschaftslage eine andre geworden. Sie konnten auch einer Erhöhung um so weniger zustimmen, als die Unternehmer die Annahme des Schiedsspruches abgelehnt hatten mit der Begründung, daß die Belastung für sie zu groß sei. Jeder Unbefangene mußte sich aber sofort sagen, daß die Schiedssprüche an sich nicht der Grund für den Kampf waren, denn alle Unternehmer waren, nachdem sie den Ablauf des Tarifes kannten, auch darauf gefaßt, daß ein neuer Tarif ohne Lohn-erhöhung nicht zum Abschluß kommen würde. Die schlechte Ausperrung zeigte auch mit großer Deutlichkeit, daß sich ein Teil der Meister mit der vorgeschlagenen Lohn-erhöhung abgefunden hatte. Anders lag die Sache bei den Führern des Arbeitgeberverbandes, bei denen es sich keineswegs um die Schiedssprüche handelte, sondern darum, zunächst einmal die Kampfbereitschaft ihrer Organisation zu prüfen, denn es rumorte auch dort an allen Ecken, und wie die Staaten einen Krieg mit dem Auslande anbandeln, wenn sie im Lande Unruhen befürchten, so tat es auch der Arbeitgeberverband. Der zweite, wichtigste Grund war, wie es wiederholt ausgesprochen wurde, unsre Klasse, in der die Unternehmer ihren schlimmsten Feind sehen, zu erleichtern; denn es wurde ja wiederholt gesagt, wenn es diesmal nicht gelingt, die Gehilfenorganisation zu bezimern, ihre Klasse auszujaugen, so werden wir bei Ablauf der nächsten Tarifperiode noch viel weniger, vielleicht auch gar nicht mehr dazu in der Lage sein. Diese Kalkulation der Unternehmerführer war der eigentliche Grund der Ausperrung und nichts andres. Wir haben diesen Plan selbstverständlich durchschaut und deshalb mit Macht dagegen gearbeitet, daß das Ziel der Unternehmer nicht erreicht wurde.

Aus diesem Grunde heraus war auch die sechstägige Karenzzeit eine Notwendigkeit. Mag es dem einen oder

andern Kollegen auch recht schwer gefallen sein, die Organisation durfte nicht anders handeln. Wo man also zum Angriff sei es auf die einzelne Werkstatt oder auf alle Werkstätten übergegangen ist, war das ein Fehler, der bei künftigen Ausperrungen vermieden werden muß.

Eine weitere Frage, die noch gründlich der Erörterung wert ist, ist die Frage der Unterstützung berechtigten Kollegen, die erst im letzten Augenblick, ja vielleicht erst während des Kampfes dem Verbands beitreten und deshalb noch nicht unterstützungsberechtigt sind. Solange die Gewerkschaften Angriffskämpfe führten und das Schwergewicht darin lag, dem Unternehmer alle Arbeitskräfte zu entziehen, mußten wir selbstverständlich auch die noch Indifferenten mit heranziehen. Dies konnte nur gelingen, wenn man diesen Leuten eine Unterstützung zusicherte. Wurde die Unterstützung auch nicht von der Hauptklasse getragen, so haben doch die Filialklassen die Mittel für solche Unterstützungen mit Recht aufgebracht. Anders liegt die Sache bei einer Ausperrung, um so mehr, als man schon geraume Zeit sich auf diesen Angriff gefaßt machen mußte. Die Kollegen hätten wohl rechtzeitig den Weg zur Organisation finden können. Besonders in den Städten, wo sonst die Organisation gut ist, hätten diese Kollegen nach Ausbruch des Kampfes den Stuhl auch nicht fett gemacht.

Es war immer ein Grundsatz des Vorstandes, die Bewegungsfreiheit der Filialen möglichst wenig einzuschränken. Deshalb hat man den Filialen auch in der Verfügung über ihre Filialmittel möglichst wenig Vorschriften gemacht. Es wäre aber eine Unterlassungsünde, würde man an dieser Stelle verschweigen, daß im letzten Lehrtampfe mit Filialmitteln manchmal etwas sparsamer hätte umgegangen werden können. Es ist durchaus nicht davon die Rede, daß man den Kollegen nicht jederzeit eine höhere Unterstützung gönnen würde. Das wäre derselbe Irrtum, als wenn jemand annehmen würde, der Vorstand wolle eine Lohnerhöhung hintertreiben. Wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, jedem Streitenden oder Ausgesperrten den vollen Lohn zu zahlen, so wäre der Vorstand der erste, der dem zustimmen würde. Nachdem das aber leider nicht der Fall ist, so muß man sich mit den Mitteln eben einrichten. Man muß bei den künftigen Kämpfen sich immer vor Augen halten, daß sie recht lange andauern werden. Die Zeit der kurzen Kämpfe und vollen Siege ist für immer vorüber. Je schwieriger aber die Kämpfe werden, desto mehr sind wir verpflichtet, hausväterisch mit unsern Mitteln umzugehen. Das ist nicht überall geschehen. Man hat Zuschüsse gewährt auch dann, wenn kein Geld in der Kasse war, und hat insolge dessen jetzt Schulden bei der Hauptklasse, die erst nach Jahren abgetragen werden können. Die Bewegungsfreiheit der Filialen wird dadurch wieder gefährdet, was nicht im Interesse der Ausbreitung der Organisation liegt. Als Gegenstück für gewisse Filialen können wir wieder andre anführen, die recht vernünftig und sparsam gewirtschaftet haben, die auch dann, wenn der Kampf noch viel länger gedauert hätte, ihren Verpflichtungen nachgekommen wären. Als Lehre für künftige Kämpfe müssen wir empfehlen, im Anfang möglichst sparsam zu wirtschaften, denn das dicke Ende kommt gewöhnlich später.

Uebung macht den Meister. Die Orte, die im Laufe der Jahre wiederholt größere Kämpfe zu führen hatten, bei denen hat es mit der Streikleitung, der Kontrolle usw. auch sehr gut geklappt. Sie bei einem Uhrwerk hat ein Rädchen in das andre gegriffen. Wir müssen aber auch das Gegenteil konstatieren, daß man an einigen Orten ziemlich kopflos war. Gerade dieser Kampf hat so recht deutlich gezeigt, daß auch in Friedenszeiten der Verwaltungsapparat vorzüglich funktionieren muß, wenn er im Kampfe gebraucht werden soll. Wo dem Vorsitzenden bis herab zum Werkstattvertretermann jeder Kollege auf dem Fuße war, da gab es auch keine Beanstandungen. So es geschieht hat, haben wir die Pflicht, sofort helfend einzugreifen und den Verwaltungsapparat so anzuketten, daß jede Stunde die Möglichkeit gegeben ist, alles in Ruhe übersichtlich zu ordnen.

Schlieflich müssen wir besonders hervorheben, daß die Arbeitgeber nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Sie haben vor allem den Schiedsrichtern in unverständlicher Form antworten müssen, ja in manchen Orten ist es uns gelungen, noch mehr als den Schiedsrichtern herauszubekommen. Selbst in den Orten, wo man heute den Schiedsrichter offiziell noch nicht anerkennt, wurden mit den maßgebenden Arbeitgebern Verhandlungen abgeschlossen, so daß der Widerstand der noch unorganisierten Unternehmer kaum mehr länger als bis zum nächsten Herbst dauern wird. Die viel besprochene Abgrenzung der Arbeitsplätze wurde in fast allen Orten durchgeführt.

Man hat die Unternehmer heute bei ruhiger Ueberlegung der Dinge konstatieren, was sie denn bei diesem Kampfe eigentlich erreicht haben, so müssen sie zugestehen, daß die Zahl der Organisierten nicht gewachsen, sondern nur vermindert wurde. Auch der in der letzten Ueberlegung der Sache hervorgehobene erhebliche geschädigte und verlorene Lohn wurde durch keinen Vorteil heraus-

Die Zahl der Kleinmeister hat sich vermehrt, die Erbitterung der Gehilfen ist größer geworden und in all jenen Fragen, die für die Meister von Vorteil gewesen wären, Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, Leistungsfrage, paritätischer Nachweis usw., wird heute eine Verständigung schwerer sein als vor der Ausperrung.

Mit dem Kampfe haben die Unternehmer nur zerstörend, aber nicht aufbauend im Sinne des Gewerbes und auch nicht in ihrem persönlichen Interesse gewirkt.

Der Hauptzweck des Arbeitgeberverbandes, unsere Organisation zu zertrümmern oder auf Jahre hinaus aktionsunfähig zu machen, ist gleichfalls mißlungen. Die Unternehmer behaupten zwar, daß es ihnen gelungen sei, unsere Klasse zu erschöpfen und daß wir noch gezwungen gewesen wären, erhebliche Darlehen aufzunehmen, aber diese Behauptungen treffen daneben. Wir wissen es besser, welche Mittel uns noch zur Verfügung stehen, ganz abgesehen davon, daß durch den Beschluß der Haller Generalversammlung die Finanzen der Organisation in der nächsten Zeit wesentlich gestärkt werden, so daß wir in kurzer Zeit für neue Angriffe gerüstet sind. An den Kollegen wird es liegen, dafür zu sorgen, daß vor dem nächsten Tarifabschluß unsere Finanzen nicht nur die alte Höhe, sondern einen größeren Kassenbestand aufweisen.

Wir haben bei diesem Kampfe, alles in allem betrachtet, gut abgeschnitten. Wo Fehler und Mängel sich gezeigt haben, wollen wir diese nicht vertuschen, sondern sie eingestehen und dafür sorgen, daß sie später nicht mehr gemacht werden. Zweifellos werden auch unsere Gegner aus dem Kampfe recht viel gelernt haben. Sie werden versuchen, das nächste Mal diese Fehler zu vermeiden und wird damit der Kampf für uns noch größer und schwerer. Wir werden ihn erfolgreich nur dann bestehen, wenn bei uns auf der ganzen Linie alles klappt. Nichts ist bei einem Kampfe schlimmer, als wenn man die Kraft seines Gegners unterschätzt. Man darf dabei, in unserm Verufe besonders, das eine nicht vergessen, daß viele Meister und Unternehmerführer durch die Schule unserer Organisation gegangen sind, daß sie die Funktionen der Gewerkschaftsbewegung sehr genau kennen, nicht nur unsere Stärke, auch unsere schwachen Seiten, und daß sie ihre Erfahrungen nun als Führer der Arbeitgeber selbstverständlich gegen uns anwenden.

Aus all diesen Gründen ist vor allem notwendig, daß in den Reihen unserer Kollegen über die Situation volle Klarheit besteht. Nichts ist schlimmer, als sich Täuschungen hinzugeben. Fortgesetzt ist ja der Verband bemüht, diese Klarheit zu schaffen, aber noch lange nicht alle Kollegen haben die Situation vollkommen begriffen.

Da haben wir auf der einen Seite die Energischen, die von Wut entbrannt sind, die am liebsten mit dem Knüttel dazwischenfahren möchten und denen alles zu langsam geht. Sie vergessen leider, daß die größere Zahl ihrer eigenen Mitglieder diesem raschen Tempo nicht folgt. Sie übersehen gewöhnlich auch die Schwierigkeiten, die dem Aufstieg der Arbeiterschaft allgemein entgegenstehen. Auf der Gegenseite sind die Jaghaften, die Interesselosen. Nur fortgesetztes Aufauern ist imstande, sie in der Arbeiterbewegung zu halten. Wer die Arbeiterbewegung mit Ueberlegung betrachtet, muß sagen, daß man nur dadurch vorwärts kommt, wenn man beide Teile zusammenhält. Die Stürmer müssen besänftigt und die Jaghaften ermuntert werden, wenn es vorwärts gehen soll.

So schwer der Kampf in diesem Jahre war, so lehrreich war er. Wenn sich vor dem Kampfe noch so manche Stimme erhoben hat, daß örtlich verhandelt werden soll, daß man auf einen Reichstarif pfeife, diese Stimmen sind verstummt. Selbst der verstockteste Gegner mußte einsehen, daß solche Forderungen bei der Stärke des Arbeitgeberverbandes nicht mehr durchzuführen sind. Die Kollegen hatten ja während des Kampfes an allen Orten Bewegungsfreiheit, sie hatten überall die Möglichkeit, örtlich zu verhandeln, sie hatten auch die Möglichkeit, die höchsten Forderungen durchzuholen, theoretisch wenigstens, aber in der Praxis liegt die Sache eben so, daß wir auch mit dem Gegner rechnen müssen. Wir sind über die Zeit der örtlichen Kämpfe längst hinaus. Jeden Zweifler wird die Tatsache davon überzeugt haben, daß die Kämpfe heute andre sind als sie vor zehn Jahren waren. Mit dieser Erkenntnis schwinden aber auch alle Argumente, die für Lokalorganisationen ins Feld geführt wurden.

Die Arbeitgeber-Zeitungen haben uns bei einer Betrachtung über den Kampf mit Recht aufs Brot gedrückt, daß wir ihnen die Dankelämigen zugetricben hätten dadurch, daß wir in den Sondertarifen zu hohe Forderungen erhoben haben. Die Meister hätten sich gewiß betören lassen, wenn wir uns mit der Lohnerhöhung der Schiedsprüche zufrieden gegeben hätten. Mit dieser Darlegung haben sie zweifellos recht. Es ergibt sich deshalb daraus die Lehre für uns, daß man die Forderungen nicht überspannen soll. Die teilweise hohen Forderungen waren ein Verweis für den Abschluß von Sondertarifen und dem Abschließen der Ausperrung ungenügend.

Es läßt sich noch mancher wichtige Schluß, noch

manche Lehre aus dem Kampfe ziehen. Wir wollen auch hier nicht alles an die große Öffentlichkeit hängen, was wir in bezug auf die Disziplinlosigkeit der Unternehmer für Erfahrungen gesammelt haben. Die entscheidende Tatsache aus dem Kampfe ist, daß uns die Herren Unternehmer gezeigt haben, daß sie für einen Reichstarif noch nicht reif sind. Zwar haben ihre Führer recht oft im Munde geführt, daß sie ein Tarifverhältnis ähnlich dem im Buchdruckergerber für das Malergewerbe mit-schaffen wollen, aber ihre innere organisatorische Schwäche hat uns gezeigt, daß, wenn wir es auch wollen, die Unternehmer dazu zu schwach sind. In dieser Hinsicht, das wollen wir heute offen gestehen, haben wir uns im Arbeitgeberverband für das deutsche Malergewerbe getäuscht. Es fehlt dem Arbeitgeberverband noch die innere Stärke und damit auch der Wille, durch tarifliche Schiedsgerichte die gewerblichen Streitigkeiten zu regeln. Wir müssen heute konstatieren, daß ein Teil des Arbeitgeberverbandes einen direkt tarifwidrigen Standpunkt einnimmt, daß man Tarifgegner geworden ist. Mögen die Herren Unternehmer noch so oft behaupten, daß sie Friedensfreunde und Tariffreunde sind, es ist diesen Behauptungen kein Gewicht beizulegen. Sie sind es nur dann, wenn sie durch die Macht der Arbeiterorganisationen dazu gezwungen sind und gute Mine zum bösen Spiel machen müssen. Auf die Macht der Organisation läuft schließlich alles hinaus, und das haben wir schon stets behauptet.

Hier kommen wir nochmals zu einer andern Frage, die in der letzten Zeit in den Reihen der Kollegen eine besondere Rolle spielt, zu der Frage der Macht und der Rechte der Tarifinstanzen.

Es ist in der letzten Zeit mehr als sonst üblich geworden, daß die Kollegen bei jeder Gelegenheit die Anrufung der Tarifinstanzen fordern. Sie glauben, nachdem diese Instanzen geschaffen sind, nachdem sich die Meister zu einem tariflichen Verhältnis verpflichtet haben, nun sei es auch möglich, das gesamte Arbeitsverhältnis durch die tariflichen Instanzen zu sichern. So weit sind wir leider noch lange nicht. Zweifellos wurde mit der Einführung der Tarife manches gegenüber dem früheren wilden Zustand gebessert, zweifellos konnte durch die Tarifinstanzen schon manchem Kollegen sein Recht werden, es ist aber heute noch zu viel veriangt, daß in allen Dingen die tariflichen Instanzen eingreifen können. Von Rechts wegen sollten die Tarifinstanzen über den Parteien stehen. Das ist für unsere Tarife allerdings nur erst recht selten der Fall. Die Vertreter betrachten die Fälle noch durch die Partei-brille. Dabei besteht bei den Unternehmern noch die offenkundige Absicht, den Tarif so oft und so viel als möglich zu umgehen, während die Parteien doch von Rechts wegen verpflichtet wären, für die strikte Einhaltung des Tarifs Sorge zu tragen. Solange das nicht der Fall ist und der ehrliche Wille zum Einhalten des Tarifs fehlt, solange werden die Tarifinstanzen nicht nur eine schwere und un dankbare Arbeit haben, der Erfolg der ganzen Entscheidung wird auch immer in Frage gestellt.

Haben wir nicht schon bei der letzten Reichstariifperiode massenhafte Entscheidungen herbeigeführt? Ein großer Teil davon hatte nur problematischen Wert, weil man sich doch in Einzelfällen nicht um die Entscheidungen gekümmert hat. Wir bedauern zwar mit den Kollegen diesen Zustand, aber zu ändern ist er solange nicht, bis die Unternehmer restlos gezwungen sind, den Tarif in allen Stücken zu halten. Man darf sich deshalb von dem Einfluß der Tarifinstanzen noch keine übertriebenen Hoffnungen machen.

Aus dem Grunde hat sich auch noch nicht viel an dem früheren Verhältnis zwischen Unternehmer und Gehilfe geändert. Wer seine tariflichen Rechte voll wahren will, muß immer noch den Mut haben, persönlich dafür einzutreten. Erleichtert ist durch die Tarifinstanzen das persönliche Eintreten immerhin schon ganz erheblich, aber im Grunde genommen bleibt die Ein- und Durchführung des Tarifvertrages auch heute noch mit die Aufgabe jedes einzelnen. Wo sollen wir denn auch hinkommen, wenn das nicht mehr der Fall wäre? Jeder einzelne Kollege muß zunächst dafür sorgen, daß er seinen tariflichen Lohn erhält, daß er bei der Auslösung nicht bemogelt wird, daß ihm seine Zuschläge bezahlt werden. Kommt der Meister seiner tariflichen Verpflichtung nicht nach, so kann das über den Weg der Werkstattversammlung, der Verwaltung und durch diese wieder den Tarifinstanzen unterbreitet werden.

Repräsentiert die Organisation am Orte eine Macht, ist die Mehrzahl der Kollegen organisiert und jeder einzelne auf dem Fuße, so wissen die Unternehmer sehr gut, daß sie mit diesen Kollegen nicht spielen dürfen, daß sie von ihrer Tarifwiderigkeit nur Schaden haben. Lassen sich die Kollegen aber persönlich alles gefallen, oder gehört nur ein geringer Teil dem Verbands an, so werden die Unternehmer tun, was ihnen gefällt, und die schönsten Tarifamtsentscheidungen werden sie nicht hindern.

Es läuft eben alles auf das eine hinaus: Stärkt die Organisation! Je mächtiger die Organisation, je größer die Rückenstärke, die der einzelne in ihr findet, desto leichter ist er in der Lage, für seine tariflichen Rechte einzutreten.

### Die Lohnbewegungen, Streits und Aussperrungen im Jahre 1912.

II.

Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtausgabe von 11 486 365 M. (1911: 16 062 906 M.). Sie ist um 4 576 541 M. geringer als im Vorjahre. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffstreits 6 911 857 M., die Abwehrtreits 947 925 M. und die Aussperrungen 3 527 615 M. Außerdem verausgabten vier Verbände noch 268 968 M. für Unterstützung an Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren. Die letztere Summe ist mit in die Gesamtausgabe verrechnet. Die Durchführung der Angriffstreits beanspruchte über die Hälfte der Gesamtkosten.

Von den 1543 Angriffstreits wurden 785, reichlich die Hälfte aller Streits, unternommen, um Lohn-erhöhungen zu erreichen. 293 813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befinden sich auch die Beteiligten des Bergarbeiterstreits. Um Arbeitszeitverkürzung allein wurden 39 Streits mit 5167 Beteiligten und um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung 572 Streits mit 44 906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Angriffstreits endeten 940 mit 56 893 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32 012 Beteiligten teilweise erfolgreich und 295 mit 257 819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrtreits wurden 333 mit 9973 Beteiligten geführt, um eine Lohnreduktion abzumehren. In 231 Fällen war Maßregelung von Arbeitern die Ursache von Streits, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Koalitionsrechts die Arbeit eingestellt und 22 Streits mit 6173 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung unternommen. Der Ausgang der gesamten Abwehrtreits war in 599 Fällen mit 29 263 Beteiligten erfolgreich, in 65 Fällen mit 3845 Beteiligten teilweise erfolgreich und in 193 Fällen mit 9771 Beteiligten erfolglos.

Mit ihren Aussperrungen haben die Unternehmer 1912 nicht gut abgeschlossen. Von den gesamten 356 Aussperrungen endeten 52,3 (1911: 39,2) Proz. für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Aussperrungen verfehlte vollständig die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Mit dem Prozenzfuß der erfolgreichen Aussperrungen überragt das Jahr 1912 alle früheren Berichtsjahre. Die mit teilweisem Erfolg beendeten Aussperrungen stehen nur gering hinter dem Vorjahr zurück. Die Aussperrungen, die den Unternehmern vollen Erfolg brachten, d. h. für die Arbeiter erfolglos verließen, gingen von 29,4 im Vorjahre auf 14,4 Proz. zurück. Von 1900 bis 1912 sind von dem Unternehmertum insgesamt 3324 Aussperrungen verhängt worden, von denen 968 611 Personen betroffen wurden. Durch diese Aussperrungen entstand ein Verlust an Arbeitszeit von zusammen 20 681 085 Tagen. Die Durchführung dieser Aussperrungen kostete den Gewerkschaften die respektable Summe von 45 306 465 M.

Das sind gewaltige Opfer, die der Arbeiterschaft durch die Aussperrungen bisher auferlegt wurden. Trotzdem haben wir keine Ursache darüber zu klagen, wenn die Unternehmer auch ihrerseits versuchen, in dem wirtschaftlichen Kampfe ihre Machtmittel anzuwenden. Man sollte es dann aber auch unterlassen, immer die Arbeiter als diejenigen hinzustellen, die das Wirtschaftsleben durch ihre Streiklust erschüttern. Der Arbeiter wird von der Notwendigkeit getrieben, eine Verbesserung seiner Lage anzustreben. Er vermag das nur, wenn er den Wert seiner Persönlichkeit und seiner Arbeitskraft durch gemeinsames Handeln mit seinen Klassengenossen dem Unternehmer gegenüber zu steigern versucht. Das sind kulturelle Bestrebungen in des Wortes vollster Bedeutung, die in ihren Konsequenzen dem gesamten Volke zugute kommen. Die Arbeiterschaft hat keine Beranlassung, mutwillig Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen. Solche Erschütterungen führen nur jene Leute herbei, die sich dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft gewalttätig in den Weg stellen. Durch das Mittel der Aussperrungen hat das Unternehmertum den beabsichtigten Zweck, die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft illusorisch zu machen, bisher nicht erreicht, und es wird dieses Ziel auch nie erreichen.

Durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitszeiterhöhung wurde 1912 insgesamt erreicht: Eine Arbeitszeitverkürzung für 378 185 Personen von zusammen 830 151 Stunden pro Woche. Ferner eine Lohnerhöhung für 530 021 Personen von zusammen 946 961 M. pro Woche. Außerdem erreichten 388 563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. 1911 erzielten 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 058 594 M. pro Woche. Ein Vergleich der Zahlen ergibt, daß 1912 ein größeres Maß von Arbeitszeitverkürzung errungen wurde, während die Erfolge bei den Lohnerhöhungen geringer sind. Es kommt jedoch hierbei in Betracht, daß sowohl in der Zahl der Personen, wie auch in der Gesamtsumme der Lohnerhöhung, nicht die von dem Buchdruckerverband bei dem Abschluß des neuen Tarifvertrages erreichten Lohnaufbesserungen enthalten sind. Der Vorstand des Verbandes bemerkt hierzu: Daß alle Personen, die zum Lohnminimum und bis zu 3 M. über diesem erhöht wurden, eine Lohnaufbesserung von 10 Proz., der übrige Teil Lohnzulagen von 1,25 M. bis 2,25 M. pro Woche erhalten habe. Da unter den abgeschlossenen Tarifverträgen 66 976 Personen fallen, so kann man ruhig behaupten, daß mit Einschluß der vom Buchdruckerverband erreichten Erfolge die im Jahre 1912 in bezug auf Lohnerhöhung erreichten Resultate den vorjährigen entsprechen dürften. Im Durchschnitt entfällt 1912 auf jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverkürzung von 2 1/2 Stunden und eine Lohnerhöhung von 1,79 M. pro Woche.

1911 betrug der Durchschnittssatz an Lohnerhöhung gleichfalls 1,79 M. pro Woche. Dagegen die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung 2 1/2 Stunden. Sonstige Verbesserungen erreichten 5055 Personen weniger als im Vorjahr.

Durch die Abwehrbewegungen ohne und mit Arbeitszeiterhöhung wurden 1912 abgewehrt: Für 2337 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 11 042 Stunden und für 19 840 Personen eine Lohnzulage von zusammen 38 794 M. pro Woche; ferner für 55 589 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Trotz erfolgter Abwehr traten an Verschlechterungen ein: Für 150 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 414 Stunden und für 1187 Personen eine Lohnzulage von zusammen 3014 M. pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erlitten 1738 Personen. Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1912 der weitaus größte Teil des Erfolges auf die Lohnbewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung. Von der gesamten Arbeitszeitverkürzung wurde für 319 547 Personen = 84,5 Proz. zusammen 677 241 Stunden = 81,6 Proz. und von der gesamten Lohnzulage für 345 074 Personen = 65,1 Proz. zusammen 644 501 M. = 68,1 Proz. bei den Bewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung erreicht.

Bei den Bewegungen insgesamt kam es in 4204 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen für 351 548 Personen. Von diesen Tarifverträgen wurden 3809 für 250 841 Personen abgeschlossen bei Bewegungen ohne Arbeitszeiterhöhung, der andre Teil entfällt auf die Streits und Aussperrungen. 1911 erfolgte der Abschluß von 3499 Verträgen für 304 481 Personen. Es wurden demnach 1912 in 1305 Fällen Verträge mehr abgeschlossen. Auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilen sich die Verträge folgendermaßen: Baugewerbe 728 mit 47 955 Personen, Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau 573 mit 64 299 Personen, Graphische Gewerbe und Papierindustrie 101 mit 76 280 Personen, Holzindustrie 521 mit 31 166 Personen, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 442 mit 17 041 Personen, Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 273 mit 39 435 Personen, Handels- und Transportgewerbe 566 mit 48 386 Personen.

Der größte Teil der Verträge entfällt auf das Baugewerbe, der größte Teil der Personen, für die Verträge abgeschlossen wurden, kommt dagegen auf das Graphische Gewerbe. Die starke Personenzahl dieser Gruppe ist zurückzuführen auf den erneuerten Buchdrucker-tarif.

Nicht in allen Fällen wird man den Abschluß eines Tarifvertrages als einen Erfolg für die Arbeiter anprechen können. Es kommt bei der Bewertung eines solchen in erster Linie darauf an, welches Maß an Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen damit erreicht wurde. Soweit aber auch die Meinungen über die Einschätzung eines Tarifvertrages auseinandergehen mögen, das eine ist schon heute klar: daß in dem gegenwärtigen Bestreben, gemeinsame Arbeitsverträge mit für die Organisationen rechtsverbindlichen Normen zu schaffen, die Anfänge für eine völlige Umbildung des Arbeitsvertrages liegen. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Arbeiterrechts dürften in ihrer vollen Tragweite schon heute wohl kaum zu übersehen sein. Die sich vorbereitende Umbildung des Arbeitsvertrages wird uns gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen entgegenführen, die für die Zukunft des Proletariats von entscheidender Bedeutung sein werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Gewerkschaften sich diesem wirtschaftlichen Ringen um das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß gewachsen zeigen werden. Die wirtschaftlichen Kämpfe haben schon bisher den Gewerkschaften große Opfer auferlegt. Aber gerade aus diesen Kämpfen heraus steigerte sich ihre Macht und Stärke. Und diese Machtentwicklung wird fort-schreiten mit dem wachsenden Umfang der Arbeitskämpfe. Noch stehen Millionen von Arbeitern den Gewerkschaften fern. Diese unausgeklärten Massen werden durch die immer stärker erfolgenden, konzentrischen Angriffe des Unternehmertums immer weiter in die Kämpfe um die wirtschaftliche Macht hineingezogen. Sie werden zum Klassenbewußtsein kommen und die Reihen ihrer kämpfenden Klassengenossen verstärken.

Wir haben aber auch die frohe Zuversicht, daß unter dem Einfluß der kommenden wirtschaftlichen Massenkämpfe die heute leider noch in verstreuten Heerlagern geschiedenen organisierten Arbeiter sich zusammenfinden und damit dem die Arbeitskraft ausbeutenden Unternehmertum die geschlossene Pphalang aller Ausgebeuteten entgegenzusetzen werden.

### Zur Frage der Arbeitsvermittlung.

II.

Seitdem sich Arbeiter- und Unternehmerverbände zum Schutze ihrer Interessen gegründet haben, finden wir, daß sich auch diese beiden Hauptbeteiligten, die Verkäufer und die Käufer der Ware Arbeitskraft, mehr um die Frage der Arbeitsvermittlung kümmern.

Schon die ersten Arbeiterorganisationen haben die politische Forderung nach einer einheitlichen, staatlichen Arbeitsvermittlung erhoben und zu allen Zeiten hat die Frage bei politischen und wirtschaftlichen Kämpfen eine Rolle gespielt. Manche Abhandlung ist über die Frage der Arbeitsnachweise geschrieben worden und manche Meinungsverschiedenheit mußte erst geklärt werden. Man kam bei den Arbeiterorganisationen zu der Ueberzeugung, daß der Arbeitsnachweis in die Hände derjenigen gehört, die die Arbeitskraft zu verkaufen haben, mindestens mußte den Arbeitern ein großer Einfluß in einer solchen Institution gesichert werden.

Die Unternehmer waren entgegengesetzter Meinung, sie beanspruchten die Arbeitsnachweise für sich und behaupteten, die Ueberacht über den Arbeitsmarkt bedinge, daß sie die Arbeitsvermittlung in Händen haben.

Wie in allen Dingen nahm sich der Staat, trotz der Forderung der Arbeiter, der Sache nicht an, man ließ der Arbeitsvermittlung den freien Lauf und so finden wir denn, daß heute alles in Arbeitsvermittlung macht. Gemeinde, private Wohltätigkeit, Erwerbstätige, Innungen, Arbeitgeberverbände und Arbeiterorganisationen und nirgends hat diese wichtige Frage eine glückliche Lösung gefunden. Wenn wir die näheren Umstände untersuchen, wissen wir auch, warum dem so ist.

Aus dem Herabgang der ganzen Frage haben wir ersehen, daß sie abhängig ist von Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften. Ist die Geschäftskonjunktur gut, sind die Verkäufer der Arbeitskraft, also die Arbeiter,

an der Frage der Arbeitsvermittlung nur wenig interessiert. Ist die Geschäftskonjunktur schlecht, sind die Käufer der Arbeitskraft, die Unternehmer, an der Arbeitsvermittlung nicht interessiert, weil sie mehr Angebot haben, als sie brauchen können. Beide Parteien konnten daher in der Frage kaum zusammenkommen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus allein betrachtet, hat sich die Situation in der letzten Zeit sogar für die Arbeiter zu ihren Ungunsten verschoben, weil in allen Berufen mehr als genügend Arbeitskräfte vorhanden sind und die industrielle Reservearmee von Jahr zu Jahr größer wird. Es ist deshalb eine Notwendigkeit, daß die Frage in der nächsten Zeit gelöst wird, und zwar in einer für die Arbeiter vorteilhaften Art. Die Unternehmer lassen in letzter Zeit nichts unversucht, um die Arbeitsvermittlung in ihre Hände zu bekommen. Zu einzelnen Industrien haben schon schwere Kämpfe wegen des Arbeitsnachweises stattgefunden. Es sei hier nur an die Kämpfe der Metallarbeiter in Mannheim und der Holzarbeiter in Hamburg erinnert. Was die Arbeitgeber mit dem Arbeitsnachweis bezwecken, hat sich bisher schon dort gezeigt, wo sie die Arbeitsvermittlung in Händen hatten. Man hat sich nicht damit begnügt, den Arbeitsmarkt zu übersehen, sondern hat den Nachweis im Interesse der Unternehmer zu einem Polizeibureau für die betreffenden Industriearbeiter ausgebildet. Es wurden genaue Personalregister geführt, in allen dienstlichen und außerdienstlichen Verhältnissen der Arbeiter wurde herumgeschmüffelt und Eintragungen gemacht. Würde man, nach diesen Ansätzen zu urteilen, die Unternehmer zu Herren des Arbeitsnachweises werden lassen, so wären uns Zustände, die denen der Leibeigenschaft und Hörigkeit alle Ehre machen, ziemlich sicher. Die Frechheit und Dreistigkeit dieser Herren ist ja dort, wo sie Einfluß hatten, schon groß genug gewesen. Man legt den Arbeitsuchenden einfach Fragebogen vor, die sie zu beantworten haben, und wäre es klar, daß man diese Fragen schließlich auf alles ausgebeugt hätte, wenn es nach den Herren allein gehen würde. Zu unserm Glück haben die Schlotjunfer heute mit gewaltigen Arbeiterorganisationen zu rechnen, und wird es ihnen deshalb nie gelingen, jenen Einfluß auf die Arbeitsvermittlung auszuüben, wie ihn ihre Verwandten, die Krautjunfer, heute noch besitzen. Die Vermittlung der Arbeitskräfte für die Großbetriebe der Landwirtschaft vollzieht sich heute noch unter den Bedingungen der Leibeigenschaft, insbesondere werden die ausländischen Arbeitskräfte fast wie das liebe Vieh verhandelt, so daß die Zustände zu einem öffentlichen Skandal geworden sind. Der einzelne Landarbeiter hat überhaupt nichts zu sagen; er wird, ohne gefragt zu werden, von seinem Treiber verhandelt, an eine beliebige Stelle transportiert und hat dann einfach zu arbeiten. Solche Zustände wünscht sich auch die Großindustrie, und wenn sie nicht eintrifft, so haben wir dies nur unsern starken Gewerkschaften zu verdanken, die ständig auf der Hut sind, diese Gefahren abzumehren. Wir dürfen bei dieser Gelegenheit aber nicht vergessen, daß unser Gegner sehr mächtig ist, daß er nichts unversucht lassen wird, uns unterzukriegen, und dann haben wir ganz besonders zu beachten, daß unsere Reihen noch nicht genug geschlossen sind, um gegen alle Angriffe aeseit zu sein.

Die Arbeitslosigkeit in den Reihen der Arbeiter ist sehr groß, von Jahr zu Jahr vergrößert sich die industrielle Reservearmee und die Arbeitslosigkeit wird noch größer. Infolge von Not und Elend verkommen alljährlich Tausende von Arbeitern, sie kommen mit den Strafgesetzen in Konflikt, wechseln zwischen Sumpf und Zuchthaus und werden so zum Abschaum der Menschheit. Handlanger des Unternehmertums machen nun in der letzten Zeit den Versuch, solche Elemente zu sammeln, um sie gegen die zielbewußten, organisierten Arbeiter zu verwenden. Obwohl jene Armeen die Opfer der heutigen Gesellschaft sind, obwohl sie gerade am meisten Ursache hätten, sich gegen das Kapital zu wenden, lassen sie sich willenlos gegen die Arbeiter gebrauchen. Jedes Empfinden für Solidarität ist diesen Elementen längst verloren gegangen. Wir haben schon eine ganze Schar solcher Hingebriber aufzuweisen und scheinen sie sich richtig zum schwarzen Hundert gegen die organisierten Arbeiter auszubilden. Wie sich diese Leute bei Lohnkämpfen verhalten lassen, ist wohl allgemein bekannt. Bei jedem Streik spielt heute der Streibuch eine Rolle, bald sind es Arbeiter, die aus egoistischen Gründen in den Betrieben bleiben, bald sind es solche, die sich zu dem ausgesprochenen Zwecke des Streibuchs vermitteln lassen. Der organisierte Streibuch hat zwar noch keine besondere Bedeutung angenommen, wir müssen aber auf eine Ausdehnung auch dieser traurigen Erscheinung gefaßt sein. Die Gefahren, daß sich solche Streibuchkolonnen bilden, sind um so größer, je geringer die Arbeitsgelegenheit im allgemeinen ist, mit andern Worten: je größer die Arbeitslosigkeit wird.

Wenn Tausende ohne Beschäftigung sind, wenn sie Wochen und Monate gehungert haben, lassen sie sich schließlich gegen ihre eigenen Arbeitsbrüder mißbrauchen und sich auch dorthin vermitteln, wo die organisierten Arbeiter im Lohnkampf stehen. Das weiß die besitzende Klasse sehr genau, daß Not und Elend ihnen immer wieder den Arbeiter zur Ausbeutung zutreiben; deshalb sind auch die organisierten Arbeiter ständig bestrebt, Not und Elend möglichst von ihren Mitgliedern abzuwenden, deshalb werden die Unterstützungs-einrichtungen ausgebaut, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung usw. gewährt. Wir wissen genau, je mehr sich die Existenzsicherheit der Arbeiter hebt, desto weniger groß ist die Gefahr, daß sie ihren Arbeitsbrüdern Konkurrenz machen oder ihnen gar in den Rücken fallen. Das Unternehmertum ist aus diesem Grunde Gegner jeder Arbeitslosenunterstützung, Gegner jeder Rente überhaupt, die dem Arbeiter zukommt, und selbstverständlich auch Gegner jeder Lohnerhöhung, weil dadurch die Existenz des Arbeiters gehoben und seine Existenzsicherheit vergrößert wird. Diese Unterschiede zwischen beiden Parteien müssen wir uns ständig vor Augen halten, wenn wir die getroffenen Maßnahmen auch in der Frage der Arbeitsvermittlung verstehen wollen. Alle diese Fragen sind bei der Arbeitsvermittlung mit in Erwägung zu ziehen, denn sie er-gängen sich gegenseitig, die eine bedingt die andre, und solange nicht alle gelöst sind, haben wir nur halbe Arbeit geleistet.

Wir haben also gesehen, aus welchen Gründen die Unternehmer die Arbeitsvermittlung an sich reißen wollen, daß die Gründe, die sie dazu bewegen, wohl auch des Kampfes wert sind. Für die Arbeiterorganisationen sind aber ebenso wichtige Gründe vorhanden, die Arbeitsvermittlung in ihre Hände zu bringen. Da ist zunächst einmal der, daß durch einen Arbeitsnachweis der Ueberblick über Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften gegeben wird. Es ist ferner von Wichtigkeit, zu wissen, welche Arbeiterkategorien sich um die Arbeit bewerben, welcher Uebergang und Wechsel von einem Beruf zum andern stattfindet, wie die Unternehmer die Kräfte überhaupt wechseln, wo ältere und wo junge Arbeitskräfte bevorzugt werden, ob der Nachwuchs für ein Gewerbe zu groß ist, oder ob viele Ungelernte Beschäftigung finden, kurz, eine große Zahl Fragen, die für die Entwicklung eines Gewerbes, für die Steigerung der Löhne, für die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sind, lassen sich aus einem gut funktionierenden Arbeitsnachweis ableiten. Daß ein Arbeitsnachweis in den Händen der Gewerkschaft die Arbeitsvermittlung nach gesperrten Betrieben oder nach Streikgebieten einstellen würde, ist selbstverständlich. Derselbe Kontrolle, die die Unternehmer über die zu vermittelnden Arbeiter erhält, würden wir über die Unternehmer erhalten. Daß sich ein solcher Ausbau eines Nachweises nicht von heute auf morgen vollziehen läßt, ist selbstverständlich, es sind dazu viele Jahre erforderlich. Wir wollen mit diesen Ausführungen nur zeigen, daß die Interessen, die die Arbeitnehmer an der Arbeitsvermittlung haben, ebenso groß sind als die der Unternehmer.

Auf beiden Seiten bestehen heute Arbeitsnachweise. Die Vertreter der großen Industrieverbände, die Metall- und Holzindustrie, unterhalten in den verschiedensten Orten ihre Arbeitsnachweise. Es sind reine Unternehmensnachweise, wie wir sie in unseren Ausführungen gekennzeichnet haben. Auch andre Arbeitgebergruppen unterhalten bald hier bald dort Arbeitsnachweise, und schließlich finden wir eine große Zahl Innungen, die sich mit Arbeitsvermittlung abgeben. Bei den Nachweisen der Innungen müssen wir allerdings einen Unterschied insoweit machen, als in einigen die Gehilfen bzw. der Gehilfenausschuß Einfluß haben, so daß mehr paritätische Nachweise vorliegen. Diese Voraussetzung trifft jedoch nur für einige Innungsnachweise zu, die meisten regeln im Jahresschluß der Schlichtungsnachweise und sind aus diesem Grunde errichtet.

Auch die Gewerkschaften unterhalten vielfach ihre Arbeitsnachweise, die bald besser, bald schlechter funktionieren, je nachdem, wie groß der Einfluß der Gewerkschaft am Orte selbst ist. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften bestrebt waren, ihre Nachweise zu entwickeln.

Beide Parteien sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis heute nicht zu ihrem Ziele gekommen. Die Unternehmensnachweise sind nicht alle zu Platzregelungsbureaus geworden, die meisten wuchsen auf einem gewissen Stufen weiter, und die Gewerkschaftsnachweise haben die Aufgabe, die mit der Erringung des Nachweises ursprünglich verbunden ist, ebenfalls nicht erreicht. Die Gründe, weshalb dem so ist, haben wir vorher bereits angeführt, sie liegen darin, daß die Geschäftsperioden wechseln, daß Angebot und Nachfrage einer ständigen Veränderung unterworfen sind. Nehmen wir an, daß beide Parteien große Zentralverbände hätten, auf der einen Seite die Unternehmer, auf der andern Seite die Gewerkschaften bis auf den letzten Mann geschlossen wären, und beide Parteien würden Nachweise unterhalten mit der Verpflichtung, daß diese von ihren Mitgliedern allein benutzt werden dürfen; was wäre die Folge? Die ganze Arbeitsvermittlung würde hängen, es würde einem Streit in Permanenz entsprechen. Die Arbeiter würden nicht nach dem Jahresschluß nachgehen und die Unternehmer nicht nach dem Gewerkschaftsnachweis. Ein solcher Zustand könnte für die Dauer selbstverständlich nicht aufrechterhalten werden, eine der Parteien müßte schließlich im Kampfe unterliegen; wahrscheinlich wäre allerdings, daß man sich auf einem Mittelwege einigen würde, und so käme man von selbst zum paritätischen Nachweis, der beiden Seiten Rechte und Pflichten gibt und paritätisch verwaltet wird.

**Wirtschaftliche Zusammenhänge.**

Die Entscheidung über die Diskontopolitik — Zinssenkung — Erhöhen und Senken — Schiffsverkehrsgegenstände.

Der letzten geistlichen Kampf um die Diskontopolitik hat wahrscheinlich eine entscheidende Wendung erlitten. Allerdings von einer Seite, die man in dieser Sache kaum irgendwo in Rechnung gestellt hätte: die Bank von England erhöhte am 2. Oktober ihre Rate um 1/2 auf 5 Proz. Dieser hatte man noch von einer baldigen Herabsetzung seitens Englands geträumt, so daß man der britischen Reichsbank ihre vorzügliche Zinssenkung doppelt verüßelte. Aber alles in Europa zirkulierende Geld war bei dem Abstand der englischen und kontinentalen Zinssätze nach dem Kontinent gegangen, während zu gleicher Zeit London große Goldreserven zu verzeichnen hatte. Ägyptens gute Baumwolle war im Stillstand einen großen Zahlungsmittel- und Handelswert. Indien sollte hohe Zinssatzsprüche, wie zum Beispiel des verhältnismäßig günstigen und hohen Zinssatzes für die dortigen Bodenerzeugnisse, nicht nur Dämpfung einer Krise, die schließlich nicht nur Eingeborenen zum Ausbruch gelangte und damit weitere Kräfte zu ziehen drohte. Auch Frankreich, das seine Zinssatzsenkung bis so weit auf ein niedriges Maß und rasch senkte, wird harter Beihilfen bedürftig, um die Schäden, die ihm bei Freisetzung der beiden Haupterzeugnisse, des Kaffees, jetzt Konjunkturgeschädigt hat, seine Lebensbedingungen wieder zu lassen. Daraus können wir denn, die nächsten großen Geschäftskrisen für die Kontinenten in den verschiedenen Ländern, und nicht zuletzt, die unmittelbare oder mittelbare Zinssatzsenkungen sind in letzter Linie auf ein niedriges Maß herabzusetzen. — Die englischen Zinssätze für Anfang 1911 betragen sich in dieser Reihenfolge: am 1. September 1910 4 1/2 Proz., — seit dem 1. Januar 1911 5 Proz., — am 1. März 1911 4 3/4 und 4 Proz., — seit dem 21. September 1911 wieder 5 Proz., — seit dem 21. September 1911 wieder 5 1/2 und 5 Proz., — seit dem 2. Februar 1912 5 1/2 und 5 Proz., — seit dem 29. August 1912 5 1/2 und 5 Proz., — wiederum seit dem 17. April 1913

4 1/2 Proz. und nunmehr seit dem 3. Oktober 5 Proz., also nicht weniger als in der Vorjahrszeit der schlimmsten politischen Krisis.

Mit dem englischen Vorgehen ist auch die Hoffnung begraben, daß die Reichsbank im Augenblick und überhaupt vor dem Jahresende von ihren 6 Proz. abgehen werde. Der Status der Reichsbank war am 30. September zwar selbstlich gut (Metallbestand 1408,5 gegen 1144,8 Mill. Mark im Vorjahre, Gold allein 1142,9 gegen 836,7 Mill. Mark, Notenumlauf 2455,6 gegen 2273,7 Mill. Mark, Steuerpflicht bei den Noten 246,8 gegen 339,1 in 1912 und gegen sogar 504 und 608,4 Mill. Mark in 1911 und 1910). Aber die Festigung der ganzen Bankverfassung war seit langem ein Endziel der Bankleitung, und neben dem sich vorbereitenden Jahresabschluss hat die Reichsbank noch mit manchen andern Ansprüchen außerordentlich Art zu rechnen. So deutet der starke Effektenbestand (am 30. September 1913 198,1 Mill. Mark gegen 109,7 und 118,1 Mill. Mark in 1912 und 1911) darauf hin, daß das Reich durch seine Schatzscheine momentan größere Geldmittel aufbringt, und bekanntlich wird sich diese Bewegung noch geraume Zeit fortsetzen, weil für nicht geringe fällige Ausgaben auf Grund des Wehrkerngesetzes die Steuern sich erst vom nächsten Finanzjahr ab ansammeln.

Was schließlich Frankreich anbelangt, so plant es so viele, zum Teil politisch hochwichtige Anleihegeschäfte, vor allem mit den Balkanländern, daß von seiner Seite aus gleichfalls kein Anstoß zur Lindering des Geldbruders zu erwarten ist. Selbst Rumänien, dessen Anleihen man sonst fast ausschließlich in Deutschland emittierte, erwartet diesmal von Frankreich Hilfe, das durch seine enormen „ersparten“ Kapitalüberschüsse, neben einer nicht besonders anspruchsvollen, langameren eigenen Industrieentwicklung, mehr als je die Rolle des internationalen Geldgebers, des Weltbankiers, spielt. Selbstverständlich, vom Zinsgewinn abgesehen, unter den üblichen Nebengeschäften, die im Falle Rumäniens wahrheitsgemäß mit dem Eisenbahnbau und den militärischen Ausrüstungen zusammenhängen würden.

Zu vorsichtigem Wirtschaften mahnt auch die rasch sich ausdehnende und vertiefende Kautschukkrise, die für ganze Erdstriche und Länder und für ein großes, in den letzten Jahren ganz abnorm bevorzugtes Vorkriegsgebiet die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen kann. Die relative Einschränkung der natürlichen Fundgebiete und deren rasche Erschöpfung durch den wilden Raubbau, wie er oft für die Kongo- und Amazonasstromgebiete geschah, ist worden ist, hatte die europäisch-amerikanischen kautschukverbrauchenden Industrien mehr und mehr hingeworfen auf die Planlagenerzeugung: die höhere und dauerndere Form der planvolleren Kolonialproduktion nach den wilden Übergangszuständen der rohen bloßen Offziation, die nichts systematisch erzeugt, sondern unter Vernichtung alles Nachwachses nur nimmt, was der Urwald und die unbeneidliche Natur aus sich selber darbieten. Verliert das Kapital aber schon auf dem bekannteren heimischen Boden sehr leicht den Ueberblick und folgen sich selbst da kritische Ueberanstrengung und vollständiger Stillstand, so ist die koloniale Entwicklung von jeher noch viel unbedeutender gewesen. Trieb der rapid wachsenden Kautschukbedarfs der Elektrochemie, der Fahrrad- und Automobilindustrie, der Gummibranchen aller Art die Preise für Parakautschuk, die durch die Krise von 1907 auf 7 Mill. herabgedrückt waren, auf 11 Mill. in 1908, 19 Mill. in 1909 und 28 Mill. in 1910 empor, so brach an den verschiedensten Börsen, vor allem in London, ein tolles Gründungsfeber für Kautschukplantagen und eine unhaltsame Ausbreitung in Planlagenaaktien aus. Nach dem „Berliner Tageblatt“ wären in London allein im Jahre 1910 mehr als 250 Gesellschaften dieser Art mit einem Kapital von ungefähr 90 Millionen Mark gegründet worden; im ganzen sollen ungefähr anderthalb Milliarden Mark englischen Kapitals auf diesem Gebiet angelegt sein. Viel zu viel, um nicht den Weltbedarf, trotz seines außerordentlichen Wachstums, im Augenblick weit zu überholen. So fielen die Preise von neuem: bis auf 12 Mill. in 1911, 10 Mill. in 1912, und Mitte August war sogar der Preis von 8,50 Mill. vorherrschend. Brasilien und eine ganze Reihe von Kolonien haben bereits Hilfsaktionen eingeleitet: Steuern und Zölle erlassen, Anbau- und Ausbeuteeinschränkungen gefordert, Kredite zur Verfügung gestellt. Auch eine starke Anregung zur Vermehrung des industriellen Verbrauchs erwartet man von der außerordentlichen Verbilligung des Rohkoffers. Indes sind dies Zukunftshoffnungen, und für Banken und Finanzkapital bedeuten alle diese Vorgänge nur eine dringende Mahnung zur Vorsicht mehr.

Nach der gleichen Richtung weist das weitere Abwärteln der Eisenpreise, wenigstens in Deutschland. Die Ende September endlich erfolgte Preisherabsetzung des Kohlenverbundes war ein notwendiges Zugewandnis an die verarbeitenden Industrien, die selber ihren Preisrückgang immer weiter zusammenschwinden sehen. Denn in dem Jahre zwischen dem 20. September 1912 und dem 19. September 1913 waren an der Düsseldorf-Friedrichshafen die Preise pro Tonne herabgegangen: für gewöhnliches Stab Eisen um 27 Mill. (statt 123 bis 126 96 bis 100 Mill.), für Band Eisen um 20 Mill. (statt 142,50 bis 147,50 122,50 bis 127,50 Mill.), für Grobbleche und Reifbleche um 26 Mill. (statt 132 bis 135 bzw. 142 bis 145 Mill. nur 106 bis 110 bzw. 116 bis 120 Mill.), für Feinbleche um rund 20 Mill. (statt 142,50 bis 147,50 122 bis 127 Mill.). Am 4. Oktober notierten die meisten dieser Erzeugnisse nochmals um 2 und mehr Mill. niedriger, und die Düsseldorf-Friedrichshafen besten sich in seiner Weise mit der niedrigsten Preisgrenze, wie sie bei direkten Abhängigen häufig genug zutage tritt.

Die durchschnittliche Preisermäßigung des hiesigen Kohlenverbundes beträgt jedoch mit 2 bis 4 Mill., nur die Hälfte der letzten Preisermäßigungen, da bereits eine Erigerung für das zweite Halbjahr 1912 in Höhe von 2,50 bis 5 Mill. der im Januar 1913 beschlossenen Erhöhung von 3 bis 5 Mill. vorangegangen war. Das Kohlenparadies liegt sich vorwärts bis über die erweichende, mit keiner Fortsetzung herabzugehen. Der alte Gegensatz zwischen roh- und braunsteinstreuenden Verbänden und weiterverarbeitenden Werken wiederholt sich also auch bei dieser Krise, nur nicht ganz so scharf wie vor allem im Anfang des Jahres, und dann nochmals in den Jahren 1907/08.

Der Kohlenpool für den Zwischenbedarf der im norddeutschen Dampfmaschinenbau beteiligten Gesellschaften und der Frachtenpool ist tatsächlich zum 31. Dezember geschlossen worden: der erste vom der Sam-

burg-Amerika Linie aus, der zweite vom Norddeutschen Lloyd. Ob dies zu ersten, großen Kämpfen führen wird, ist noch immer zu bezweifeln.

Max Schippel.

**Aus unserm Beruf.**

Der neue „Leipziger Zentralverband“ auf der Anklagebank.

Nachdem Schenke und Konsorten mit ihren Quereinbreitern in der Filiale Frankfurt a. M. ihr Ziel nicht erreichen konnten, traten sie und noch einige solcher Quereinbreiter im September 1911 aus dem Verband aus und gründeten eine Filiale des Leipziger Zentralverbandes. Der Verleumdungselbstzug gegen unsern Verband wurde nun systematisch organisiert und besonders war es auf unsere angelegten Kollegen Blöcher, Margraf und Zimmermann abgesehen. Zuerst wurde der Versuch gemacht, die „Frankfurter Volksstimme“ als Ablagerungsstelle für die verleumderischen Behauptungen zu benutzen; als dieses jedoch nicht gelang, nahm man Zuflucht in die bürgerliche Presse. Bereits Anfang Dezember 1911 erschien in der „Sonne“, einem bürgerlichen Blatt, das die „Sensationsmacherei“ systematisch betreibt, ein Artikel mit der Ueberschrift „Aus einer freien Gewerkschaft“. Hier wurden nun alle Beschuldigungen aufgezählt, über die man bereits beim Vorstand und Ausschuß Beschwerde erhoben hatte, aber damit abgewiesen worden war. Die Beschuldigungen gegen Blöcher, Margraf und Zimmermann gipfelten darin, daß sie Gelder entzogen den Beschäftigten der Mitglieder verausgabte, gewählte Delegierte beschimpft und verletzten hätten, sich weigern, die Bezirksklassen revidieren zu lassen, ordnungsgemäß gefasste Beschlüsse einer Generalversammlung nicht zur Durchführung bringen. Die nötige Denunziation durfte natürlich auch nicht fehlen und so wurde mit Wichtigkeit hervorgehoben, daß Zimmermann Reichstagskandidat der sozialdemokratischen Partei und Vorsitzender der Prekommission sei, deshalb müsse die Öffentlichkeit das doppelte Gesicht dieser Herrn kennen lernen. Also schon als die Reichstagswahlbewegung im Gange war, haben diese „wirklichen“ von Demokratie tiefenden Arbeitervertreter diesen Verleumdungselbstzug begonnen. Mit einer kurzen Erwiderung in der „Frankfurter Volksstimme“ wurde das Abfände dieser Beschuldigungen zurückgewiesen und es nahm zunächst weiter niemand Notiz davon. Im Februar 1912 wiederholten dann die „Neublauen“ in der „Sonne“ dieselben Beschuldigungen mit einigen Ergänzungen, und am Schlusse der Notiz ließ man dann den Ruf erklingen: „Antwortet, ihr Herren!“ In der „Volksstimme“ erschien nun wieder eine entsprechende Erwiderung, denn zur Vermeidung eines bürgerlichen Blattes lag für uns keine Veranlassung vor. Am 5. März wurde nun in der „Sonne“ ein neues Gesicht aufgeführt, indem der Artikel vom Februar mit einigen weiteren Ergänzungen wiederholt wurde. Als man auch hierauf von den Herren „Blaugelben“ gewünschten „Pressekampf“ nicht eröffniete, sondern sich mit einer kurzen Berichtigung in der „Volksstimme“ wiederum begnügte, so ging man zu einem schärferen Angriff über. Am 12. März 1912 hatte der Ober der „Neublauen“, K. U. W. Schenke, das Bedürfnis, in Frankfurt eine Gastrolle zu geben. In den Einladungszetteln zu dieser Versammlung wurden nun zur „Aufklärung“ für die Frankfurter Kollegen dieselben Beschuldigungen wiederholt und die Kollegen Blöcher, Margraf und Zimmermann des mehrfachen Statutenbruchs beschuldigt. „Bis hierher und nicht weiter!“ schloß der Schlagtruf der „Neublauen“.

Von diesem Einladungszettel nahm wieder die „Sonne“ und jetzt auch die übrige bürgerliche Presse Notiz. Wir ließen einigen bürgerlichen Zeitungen, mit Ausnahme der „Sonne“, Berichtigungen zugehen und hielten damit die Sache für erledigt. Den ganzen Sommer hindurch war nun in der Öffentlichkeit Ruhe. Als dann aber im November 1912 die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt heranrückten und Zimmermann für die sozialdemokratische Partei kandidierte, da hielten diese „wahren“ Arbeitervertreter den Zeitpunkt für gekommen, ihren Verleumdungselbstzug fortzusetzen. Jetzt aber nie! dachten Schenke & Co. Jetzt konnten sie sich darauf verlassen, daß sie in der von der sozialdemokratischen Partei hart bedrängten Fortschrittspartei und ihrer Presse für ihre Stänkerei einen Resonanzboden finden würden, und zugleich Gelegenheit haben würden, berühmte Männer zu werden, und so verzapften sie Anfang November ein Flugblatt, das sie in der Öffentlichkeit verbreiteten, und das von der bürgerlichen Presse mit schamloselndem Behagen abgedruckt wurde.

In dem Flugblatt wurde der Bortwurf erhoben, „die führenden Genossen in Frankfurt piffen auf das Parteiprogramm“. Am 5. Februar, so hieß es zur Begründung dieses Bortwurfes, ist gegen die Genossen Joseph Zimmermann, Bezirksleiter des Ralerverbandes, Otto Wücher und Albert Margraf, Beamte in dem Verbands, ein Antrag auf Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei gestellt worden. Gründe waren: Grobe Verstöße gegen das Parteiprogramm, begangen in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsbeamte. Wir bezeugten sie folgender Verhöre: Sie verausgabten Gelder entgegen den Beschlüssen ihrer Mitglieder. Sie beschimpften und verleumdeten gewählte Delegierte. Sie weigerten sich, die Bezirksklasse revidieren zu lassen. Sie bringen ordnungsgemäß gefasste Generalversammlungsbeschlüsse nicht zur Durchführung. Sie falschten den gedruckten Jahresbericht von 1911. Wir beschuldigten diese drei Herren des mehrfachen Statutenbruchs, der Unterdrückung und Rechtsnachmachung ihrer Mitglieder. Die Begründung und Zustimmung über diesen Antrag, sowie über einen weiteren von sechs Personen gestellten Antrag auf Ausschluß von Zimmermann, Wücher und Margraf aus der sozialdemokratischen Partei sei vom Vorstand verhindert worden. Dagegen seien die „vermaledeiten Ankläger“, um sie unschädlich zu machen, aus der Partei ausgeschlossen worden.

Der Ausschluß der „vermaledeiten“ Ankläger aus der sozialdemokratischen Partei erfolgte wegen Zu-

gehörigkeit zu einer andern als der Generalkommission angeschlossenen Organisation, während die Ausschüsse gegen Zimmermann usw. nur durch den Hinweis auf die Artikel in der „Sonne“ begründet waren. Artikel bürgerlicher Blätter aber können keine Anträge auf Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei begründen. Das wurde den Antragstellern schriftlich mitgeteilt, und auch der Parteivorstand in Berlin hat sie auf ihre Beschwerde in diesem Sinne beschieden. Vorstand und Agitationskommission der sozialdemokratischen Partei Frankfurts hielten es bei dieser Sachlage mit Recht für nicht notwendig und unter ihrer Würde, auf den ihnen in dem Flugblatt gemachten Vorwurf, der Unterdrückung und Rechtslosmachung ihrer Mitglieder, des großen Verlustes gegen das Parteiprogramm, der Täuschung ihrer Mitglieder und der Deffenlichkeit der Verheimlichung der Vergehen der drei Angeeschuldigten und Verhinderung der rechtlichen Untersuchung dieser Vergehen“ zu reagieren. Anders lag es mit den Beschuldigungen gegen unsere angefallenen Kollegen. Sie wurden von Schenke in einer Versammlung der Fortschrittler am 11. November v. J. wiederholt, und es schien nunmehr doch geboten, eine gerichtliche Klarstellung herbeizuführen, zumal die Anzeiger mit einer geradezu bewundernswerten Dreifachheit, sagen wir milde, „Unrichtigkeiten“ in die Welt schleuderten. Deshalb erhoben Zimmermann, Wischer und Margraf Privatklagen gegen Alwin Schenke und Heinrich Möller, der das Flugblatt verfaßt und verbreitet hatte.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 27. Mai fand eine umfangreiche Beweisaufnahme statt, 30 Zeugen wurden vernommen. Zu dem wichtigsten Punkt der Beschuldigungen, die Privatkläger brachten ordnungsgemäß gefasste Generalversammlungsbeschlüsse nicht zur Ausführung, wurde folgendes festgestellt: Einer am 3. Mai 1911 in das Frankfurter Gewerkschaftshaus einberufenen Generalversammlung der Filiale lag ein Antrag vor, an Stelle der Mitglieder-Generalversammlung die Delegierten-Generalversammlung einzuführen, um den Mitgliedern in den Lohngebieten mehr Gelegenheit zur Teilnahme an den Beschlüssen der Generalversammlung zu geben. Die Generalversammlung in Frankfurt lehnte den Antrag ab. Nach der Abstimmung erklärte der Versammlungsleiter Firsch, nun werde erst noch in den Lohngebieten abgestimmt. Tatsächlich hatte eine Vertrauensmännerkonferenz vorher beschlossen, diesen Antrag, wie alle wichtigeren Fragen, auch in den Lohngebieten zur Abstimmung zu bringen, und es fand auch schon an dem gleichen Abend, an dem die Versammlung in Frankfurt a. M. über den Antrag abstimmt, eine Versammlung in Offenbach statt, wo der Antrag auf Einführung des Delegierten Systems einstimmig angenommen wurde. Einige Tage später fanden die Versammlungen in den andern Lohngebieten statt. Das Ergebnis war, daß das Delegierten System eingeführt wurde. Ein Fehler ist vielleicht insofern gemacht worden, als man die Versammlung in Frankfurt a. M. als „Generalversammlung“ einberufen hatte und daß der Vorsitzende Firsch in dieser Versammlung, nicht vor der Abstimmung den Beschluß der Vertrauensmännerkonferenz mitgeteilt hatte: Darob der große Spektakel über Statutbruch und Rechtslosmachung der Mitglieder. Diese Rechtslosmachung sei auch noch durch andre schwarze Listen der Filialverwaltung verborgen worden, behaupteten die Angefallenen, z. B. dadurch, daß Margraf wiederholt ordnungsgemäß gestellte Anträge nicht zur Abstimmung gebracht habe. Es wurde bewiesen, daß es immer dieselben unzulässigen, längst erledigten Anträge waren, die Margraf mit Zug und Recht nicht zur Abstimmung brachte.

Wie die Zahlstellen- und Werkstättenvertrauensleute über die Einführung des Delegierten Systems dachten, bewiesen sie in einer Konferenz, die sie am 18. Juli 1911 abhielten. Es waren 132 Vertrauensleute anwesend. Schenke und seine Freunde suchten ihre Haltung zu rechtfertigen, trotzdem wurde gegen sieben Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Konferenz gelangt nach eingehender Aussprache zu der Ansicht, daß die Beschwerden vollständig unberechtigt und haltlos sind. Die Einführung des Delegierten Systems war durch die weitverzweigte Gliederung in der Filiale geboten. Die Abstimmung ist in aller Korrektheit vorgenommen. Die Konferenz steht auf dem Standpunkte, daß auch die übrigen, schon wiederholt vorgebrachten Beschuldigungen und Angriffe auf die Filialverwaltung vollständig unberechtigt sind. Die Konferenz verurteilt es daher ganz entschieden, daß in dieser die Organisation schädigenden Form gegen die Verwaltung vorgegangen wird. Im Interesse der Weiterentwicklung der Filiale ist es geboten, daß diese Angriffe unterbleiben, da sie geeignet sind, die Geschlossenheit der Filiale zu gefährden zum Schaden des Verbandes und zum Nutzen der Gegner. Sollte für die Folgezeit das organisationschädigende Treiben dieser Kollegen nicht unterbleiben, so stellen sich diese außerhalb des Verbandes und jede Zusammenarbeit mit ihnen erscheint ausgeschlossen.“

Bekanntlich hatten sich auch der Hauptvorstand und der Ausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß gegen den Abstimmungsmodus bei der Einführung des Delegierten Systems nichts einzuwenden sei.

Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf Freisprechung der Angefallenen. Nicht gelungen sei der Wahrheitsbeweis bezüglich der Ausgabe von Geldern und der Fälschung des Jahresberichts. Aber es liehe den Angefallenen der Schutz des § 193 zur Seite. Bei Wahlen werde nur einmal der Mund ein bißchen voll genommen.

Gegen Margraf hatte Schenke Widerklage erhoben. Er sollte die Anwälte in einer Werkstättenversammlung „gelbe Anarchisten“ genannt haben. Einen solchen „Blödsinn“ verübt zu haben, bestritt Margraf, er habe nur gesagt, daß Auftreten der Angefallenen gleiche dem der „Selben“. Der Vorsitzende meinte, auch schon der Ausdruck „gelb“ sei beleidigend.

Der Widerklage wurde stattgegeben und Margraf zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt, die sich hauptsächlich darauf stützte, daß das Schöffengericht den Angefallenen den Schutz des § 193 zu Unrecht zugewilligt habe. Das Gericht habe die Anwendung dieses Paragraphen für berechtigt erklärt, weil es sich um Vorgänge in einem Wahlkampfe handelte. Die Angefallenen gingen aber die Stadtverordnetenwahl in Frankfurt nicht

das geringste an, denn Schenke wohnt in Griesheim und Möller hatte noch nicht das Wahlrecht. Die Verhandlung an der Strafkammer wurde auf Grund der Vorarbeiten geführt. Zeugen wurden nicht vernommen. Schenke suchte sein Verhalten in längeren Ausführungen zu rechtfertigen. Der Vertreter der Angefallenen, Justizrat Dr. Gehre, erklärte, daß der Vorwurf, die Privatkläger hätten den Jahresbericht gefälscht, sie hätten mehr Geld ausgegeben, als bewilligt war, nicht aufrechterhalten werden könne. Aber die Angefallenen hätten, nachdem sie in der sozialdemokratischen Partei ihr Recht nicht gefunden hätten (1), das Bedürfnis gehabt, sich in die Deffenlichkeit zu flüchten. Diesem Bedürfnis müsse man Rechnung tragen und ihnen deshalb den Schutz des § 193 zubilligen. Mächtig regte sich der Herr Justizrat über den angeblichen Statutenbruch auf, was den Vorsitzenden zu der ausdrücklichen Feststellung veranlaßte, daß in der gleichen Weise bei wichtigeren Abstimmungen seit Jahrzehnten verfahren worden sei. Justizrat Dr. Löwenthal, der Verteidiger der Kläger, hatte darauf hingewiesen, daß trotz besserem Wissen in dem Flugblatt immer „sie“ gesagt werde, während doch z. B. Margraf und Wischer mit der angeblichen Beschimpfung von Verhandlungsmitgliedern oder mit der angeblichen Verweigerung der Revision der Bezirksklasse nichts zu tun hätten. Andererseits ging den Privatkläger Zimmermann der Rassenbericht, der Jahresbericht und die Einführung des Delegierten Systems nichts an.

Das Gericht gab der Berufung der Privatkläger Zimmermann, Margraf und Wischer statt und verurteilte die Beklagten Schenke und Möller zu je 100 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten. Der entscheidende Teil des Urteils ist durch Anschlag an der Gerichtstafel zu publizieren. Alle Exemplare des Flugblattes sind unbrauchbar zu machen. Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Die Angefallenen behaupten, sie hätten sich, weil ihnen von der Sozialdemokratie zusehendes Recht verkannt worden sei, dagegen wehren müssen. Das Gericht ist dieser Einstellung nicht gefolgt. Aus der Verhandlung ergab sich, daß schon Monate vorher in der Presse Erörterungen gepflogen wurden und daß dann eine Zeitlang Ruhe herrschte. Ende August waren diese Dinge vollkommen abgeschlossen. Wenn die Angefallenen kurz vor den Stadtverordnetenwahlen dazu übergingen, Zimmermann und den Mitklägern öffentlich Vorwürfe zu machen, so muß daraus geschlossen werden, daß sie nicht eigene Rechte wahrnehmen wollten, sondern daß sie beabsichtigten, ihre politischen Gegner in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Geht man aber hiervon aus, so kann von berechtigten Interessen nicht die Rede sein. Die Form läßt darauf schließen, daß es den Angefallenen nur darauf ankam, die Kläger in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Es ist nach der Beweisaufnahme nicht festgestellt, daß die Kläger Gelder entgegen den Beschlüssen der Mitglieder herausgaben, es ist ferner nicht festgestellt, daß die drei Privatkläger beschimpft und verleumdet haben. Das einzige ist, daß Zimmermann einen der Delegierten beleidigt hat, nachdem er vorher von dem Angefallenen Schenke als Lügner beschimpft worden war, und festgestellt ist weiter nur, daß Zimmermann den Angefallenen Schenke zur Revision der Bezirksklasse nicht eingeladen hat. In bezug auf alle anderen Punkte, die in dem Flugblatt angeführt sind, ist ein Beweis der Wahrheit nicht erbracht. Die Angefallenen mußten also, da ihnen der Schutz des § 193 nicht zusteht, bestraft werden. Es handelte sich um sehr umfangreiche Veröffentlichungen und deshalb mußte eine nicht zu geringe Strafe über die Beklagten verhängt werden. Die Verurteilung des Widerbeklagten Margraf gegen seine Verurteilung zu zwanzig Mark wurde verworfen.

Wer sah nun auf der Anklagebank, der alte oder der neue Verband? Nach dem Schöffengerichtsurteil wollte der Jubel der „Neublauen“ kein Ende nehmen. In ihrem Blättchen „Verbands-Organ“ wurde in großer Aufmachung unter der Ueberschrift „Der alte Verband auf der Anklagebank“ berichtet. Der Jubel war verfrüht, denn durch die objektive Verhandlung vor der Strafkammer kamen die Herren Schenke und Co. wirklich auf die Anklagebank. Ohne Zeugen wurde festgestellt, daß die Beschuldigungen vollständig unwahr sind und daß es dem „Neublauen-Führer“ nur darauf ankam, zu verleumden. Daß Margraf wegen des Ausdrucks „Gelbe“ — den er übrigens in diesem Sinne nicht gebraucht hat — zu 20 M. Geldstrafe verurteilt wurde, tut dem Urteil gegen Schenke und Möller durchaus keinen Abbruch, sondern im Gegenteil, die Helde, die so mutig den Wahrheitsbeweis für ihre Beschuldigungen bringen wollten, suchten damit nur die Anklage gegen sich abzuschwächen. Geradezu feig wichen sie in der Hauptverhandlung vor der Strafkammer zurück, wo sie sahen, daß der „rote Lappen“ nicht so zag, wie vor dem Schöffengericht. Zwei Punkte ließ man gleich fallen. Schenke erklärte, daß er auch nicht gegen das Delegierten System gewesen sei, sondern nur gegen die Art der Abstimmung. Auch nicht wegen der Stadtverordnetenwahl sei das Flugblatt erschienen, sondern es habe sich gerade rein zufällig so getroffen. Das ist der Held, dessen Schlusswort bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht so tiefen Eindruck gemacht haben soll. Wir hatten ein anderes Urteil als die Freisprechung nicht erwartet, schrieb das „Verbands-Organ“ in Nr. 8. Und wir hatten ein anderes Urteil, als es die Strafkammer gefällt hat, nicht erwartet. Und nun, ihr Führer des neuen Zentralverbandes, verbreitet dieses Urteil genau so, wie das des Schöffengerichts, der Waffenzug an Mitgliedern wird sicher nicht ausbleiben!

Dieser Reinfall der Frankfurter Zersplitterer ähnelt sehr der Lektion, die dem bekannten Schäfers (Singen) erteilt wurde, der bekanntlich in Essen wegen Behauptung unwahrer Tatsachen 110 M.

Strafe bezahlen mußte. Würden unsere Kollegen es in allen Fällen, wo sie von den Zersplitterern mit Unwahrheiten bombardiert werden, für der Würde wert erachten und Anzeige erstatten, um jenen Leuten Instand zu bringen, so würden die von ihnen eingeholten Beiträge bald für Geldstrafen und Gerichtskosten aufgehen.

**Zahlstellenkonferenz der Filiale Magdeburg.**  
Am 28. September tagte in Magdeburg die diesjährige Zahlstellenkonferenz des Verwaltungsbezirks, auf welcher die Orte Halberstadt, Stendal, Burg, Schönebeck, Queblinburg, Bernigerode, Blankenburg, Uckerleben, Staßfurt, Neuhalbenleben, Wanzleben und Gardelegen vertreten waren. Auch der Bezirksleiter Kollege Gauy war anwesend.

Die Konferenz wurde vormittags 10 Uhr vom Vorsitzenden Kollegen Görn eröffnet, und nach Begrüßung der Vertreter aus den einzelnen Zahlstellen erstatteten dieselben eingehend Bericht über die verfloßene Kampferiode und die gegenwärtige Situation. Gleich im Anschluß hieran referierte Kollege Peter über den Abschluß von Tarifverträgen im Filialgebiet und konnte feststellen, daß in acht Lohngebieten die Verhandlungen schon längere Zeit beendet und der Reichstarif mit dem im Schiedspruch vorgesehenen Lohnerböhrungen Geltung erlangt hat. In Burg konnte 1 Pfg. mehr als im Schiedspruch vorgesehen erreicht und in Blankenburg ein örtlicher Tarifvertrag mit 4 Pfg. Lohnerböhrung abgeschlossen werden. In Bernigerode ist bei Beginn der Aussperrung ein Teil der Kollegen dem Verband untreu geworden und hat einen unter „Protektion“ der Arbeitgeber stehenden „Malerverein“ gegründet, der durch Veranlassung von Vergütungen usw. die Harmonie zwischen Meister und Gehilfen aufrechterhalten soll. Den Vorteil von dieser Zersplitterung haben die Arbeitgeber, die sich die Situation sofort zunutze gemacht haben. Durch den Schiedspruch würde in Bernigerode eine Lohnerböhrung von 4 Pfg. eintreten, die aber von den Meistern abgelehnt wurde. Auf Anfrage der Filialverwaltung zwecks Einberufung örtlicher Verhandlungen ging folgende Antwort ein:

Beschluß vom 20. Mai 1913.  
Die durch das erweiterte Kollegium der Herren Unparteiischen am 16. Mai gefällten Schiedsprüche werden abgelehnt; der Sondertarif der Arbeitgeber wird unter der Bedingung angenommen, daß im Jahre 1913 — Pfg., 1914 1 Pfg. und 1915 — Pfg. Zulage gewährt wird.  
Hochachtungsvoll  
Fr. Dingelstedt u. Söhne.

Die im „Malerverein“ befindlichen Gehilfen haben für ein Einlegerrecht ihre wirtschaftlichen Anrechte an die Unternehmer verkauft.

In Gardelegen wurden Verhandlungen mit den Meistern eingeleitet, die aber zu keinem Ergebnis führten. Trotzdem die Kollegen daraufhin die Arbeit niedergelegt, konnte infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit nichts erreicht werden. Den Arbeitgebern in Staßfurt wurden im März Sondertarife übermittelt, die sie mit dem Bemerkten zurücksandten, daß sie die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes für maßgebend betrachten. Nach Beendigung der Aussperrung stellte sich heraus, daß sie gar nicht dem Arbeitgeberverband angehören, und wurden von der Filialverwaltung sofort örtliche Verhandlungen eingeleitet. In der angelegten Sitzung wurde der Vertreter der Organisation zurückgewiesen und verließen die weiteren Verhandlungen gänzlich resultatlos, da die Meister und besonders ihr tonangebender Führer Herr O. Knothe Angebote unter den bisher üblichen Löhnen machten. Obengenannter Herr verließ sich auch zu der geistreichen Bemerkung, der im Jahre 1901 für Staßfurt abgeschlossene örtliche Tarif sei überhaupt noch nicht gekündigt, trotzdem der Reichstarif auch für dieses Lohngebiet bisher Geltung hatte. Zur Illustration füge wir noch eine schriftliche Antwort des Herrn Knothe bei.

Staßfurt, den 4. Juni 1913.  
Herrn Fr. Peter.

Ihr geehrtes Schreiben soeben erhalten, werden wir doch meines Erachtens nach auch so zum Ziele kommen und habe das Vertrauen zu unseren Gehilfen, daß diese Möglichkeit und Unmöglichkeit objektiv, nicht subjektiv unterscheiden können, denn meinen Wahlpruch halte ich stets hoch „victoria et gloria iustitia“ und vertrete diesen auch meinen Kollegen und Gehilfen gegenüber, denn jeder Mensch hat die Berechtigung, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, wenn nicht die Einsicht des einzelnen Individuums fehlt. Doch eins bitte ich Sie, als maßgebenden Faktor, wirken Sie mehr bildend auf die einzelnen Ihrer Kollegen, um etwas mehr geistige Bildung in die Masse zu bringen.  
Hochachtungsvoll  
Oswald Knothe.

Ueber geistige Bildung wollen wir uns mit genanntem Herrn nicht streiten, die Gehilfenschaft wird zu gegebener Zeit ihre Rechte zu wahren wissen.

Kollege Peter gab noch an Hand einiger Zahlen eine Uebersicht über die Aussperrung im Filialgebiet. Von der Arbeitseinstellung wurden 110 Betriebe mit 427 Kollegen betroffen. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 10836 Tage, an Arbeitsverdienst 47675,85 M. Die Gesamtlosen an Unterhaltung usw. beliefen sich auf 21311,34 M.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung hielt der Bezirksleiter Kollege Gauy über das Thema „Die verfloßene Aussperrung und welche Lehren ziehen wir daraus?“ einen instruktiven und inhaltreichen Vortrag. Nachdem er nachmalz den Verkauf und das Endresultat des Kampfes kurz skizzierte, wies er treffend an Hand einwandfreien Materials nach, daß sich die von der Verbandsleitung empfohlene Taktik während der Aussperrung bewährt hat und auch als richtig anerkannt werden muß. Während die Lohnerböhrung vor dem Kampfe, bei Annahme der Schiedsprüche durch die Arbeitgeber, 4,4 Pfg. im Durchschnitt betragen hätte, erhöhte sich diese Durchschnittsziffer nach Beendigung der Aussperrung auf 4,7 Pfg., immerhin ein Erfolg, den unsere Strategen im Arbeitgeberverband nicht vermutet hatten, da ihr Kampf besonders der Höhe der Schiedsprüche in der Lohnfrage galt. Redner wies auf die Lehren und Aufgaben hin, welche der verfloßene Kampf an uns stellt und schloß seinen heißtäglichen Aufklärungsvortrag mit der Aufforderung, für weitestgehende Aufklärung der Mitglieder und Stärkung des Verbandes alle Kräfte einzusetzen.

Am dritten Punkt der Tagesordnung, „Agitation und Verwaltung“, unterbreitete der Nillalvorstand des Zahlstellenvertretern ein Negativ als Grundlage für ein noch auszuarbeitendes Ortsstatut. Die einzelnen Orte sollen in den Mitgliederversammlungen hierzu Stellung nehmen und ihre Anträge und Wünsche dem Nillalvorstand übermitteln. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden Börn an die Vertreter, die auf der Konferenz erhaltenen Anregungen in ihren Orten auszuführen und unermüdet im Interesse der Organisation tätig zu sein, wurde die Konferenz nach fünfjähriger Tagung um 1/3 Uhr geschlossen.

Der Hamburger Arbeitsnachweis und die „Allgem. Maler Zeitung“. Erst in der letzten Nummer des „Vereins-Anzeigers“ haben wir Veranlassung nehmen müssen, das mehr als eigentümliche Gebaren der „Allgem. Maler Zeitung“ anzumauern. Die neueste Nummer des Organs der norddeutschen Malermeister bringt schon wieder eine Probe seiner schäbigen Kampfesweise gegen den Tarifkontrahenten, den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“, wie sich der Artikel-schreiber geschmacklos ausdrückt. Es handelt sich darum, daß auf dem neu errichteten Arbeitsnachweis Ungehörigkeiten vorkommen sind, die auch wir mit aller Schärfe verurteilen müssen. Als wir vor einiger Zeit von diesen hörten, haben wir uns sofort an zuständiger Stelle, nämlich bei den Beamten des Arbeitsnachweises, erkundigt und um die Namen der Uebelthäter gebeten, denn wir hatten und haben die Absicht, unbedingt Leute aus unserm Verbands zu entfernen, die sich solcher Uebelthaten schuldig machen. Leider wurden uns die Namen der Täter von den Beamten verweigert, indem man uns erklärte: Die Leitung des Arbeitsnachweises wolle nicht, daß die Angelegenheit öffentlich behandelt werde, sie wolle vielmehr versuchen, durch moralische Einwirkung auf die Arbeitssuchenden ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen. Wir mußten uns zunächst damit zufrieden geben. In der vor einigen Tagen stattgefundenen Beratung zwischen der Leitung des Arbeitsnachweises und den Vertragsparteien, bei der die Arbeitgeber durch Abwesenheit glänzten, sind die Vertreter unserer Organisation dann einige Namen genannt worden, und wir stellen hiermit fest, daß diese nicht unserm Verbands angehören. Es ist völlig unangehörig von der „Allgem. Maler Zeitung“, die bedauerlichen Vorkommnisse unserm Verbands zur Last zu legen, und die häßlichen Andeutungen, daß die „sozialdemokratische Erziehung“ schuld an den Taten sei, wessen völlig daneben. Schuld daran, daß es in Hamburg Berufsangehörige gibt, die leider moralisch sehr tief stehen, sind die unglücklichen wirtschaftlichen Zustände, vor allem die Arbeitslosigkeit, denn aber auch die Bevorzugung unorganisierte Gehilfen und die Herbeiführung aller möglichen Elemente während der Aussperrung. Wenn die „Allgem. Maler Zeitung“ eine Erziehung dieser sozial Tiefstehenden wünscht, dann wäre sie als Unternehmerorgan am ehesten dazu in der Lage, indem sie dafür sorgte, daß diesen Leuten Arbeit gegeben würde. So bedauerlich es auch ist, wir sind nicht in der Lage, für diese moralisch Verkommenen etwas zu tun, ja, wir müssen sogar dafür sorgen, daß sie unserm Verbands fernbleiben. Wir kennen diese Kerne der Armen genau und wissen auch, daß es die sind, die früher den Zununftsarbeitsnachweis besüllerten. Darum hat man dort das Erziehungswerk nicht in die Hand genommen? Aber nein, dort wurden diese Armen, wenn sie rumorten infolge Hungers oder Schnaps-gewisses, mit Hilfe der Polizei an die Luft gesetzt. Auch ein Erziehungswerk! Uns scheint es so, als wenn die „Allgem. Maler Zeitung“ und die hinter ihr stehenden Mäcker mit ihrem Artikel nur eine Schädigung und Kreditierung des Arbeitsnachweises bezwecken. Das wäre sehr bedauerlich, aber nicht neu. Wir haben ja auf dem Gebiete einige Erfahrungen gemacht und wissen das „Vorgehen“ gewisser Arbeitgebervertreter richtig einzuschätzen. Demgegenüber ist nur mit Freuden zu begrüßen, daß die unparteiische Leitung des Arbeitsnachweises befreit ist, völlig objektiv den Arbeitsnachweis zu führen.

**Hamburg. Eine Beleidigungsklage gegen den Arbeitgeberführer Theodor Winter und den Malermeister Karl Thoma** fand vor dem hiesigen Schöffengericht am 3. Oktober statt. Der Grund zur Klageerhebung unsererseits lag in folgendem:

Zu Sommer 1911 traten verschiedene Kollegen an ihre Arbeitgeber heran mit dem Ersuchen, entsprechend dem Tarifvertrag für die von ihnen vollbrachten Reparaturen auch eine höhere Bezahlung als den Mindestlohn zu gewähren. Die Arbeitgeber himmerten sich aber nicht um die diesbezüglichen tariflichen Bestimmungen und zahlten den Gehilfen nichts. Daraufhin verließ eine Anzahl Kollegen die unglücklichen Stellen und machte bei anderen Unternehmern Arbeit, wo sie entschieden mehr Lohn bekamen. Dies Vorgehen wurde als Tarifbruch gewertet und beschloß man seinerzeit das Ortsstatut, um Veranlassung des Herrn Söwz auch das Gesamtstatut. Unserem hiesigen Angehörigen, der in der Gesamtorganisation zu München auch antwortend war und zu der Sache Aufklärung gab, machte Herr Winter, Malermeister und Obmann der Arbeitgeberpartei, den jetzt in Köln allen bürgerlichen und Arbeitgeber-Verbands erhabenen Vorwurf, er habe in der Sitzung des Gesamtstatuts gelogen, daß sich die Rollen gebogen hätten. In einer Sitzung des Ortsstatuts, die im Oktober 1912 und zwar ohne unparteiischen Vorsitzenden wiederholte Herr Winter diesen Vorwurf und legte noch weitere persönliche Beleidigungen hinzu. Dieses geschah dem Malermeister Thoma, gegen den eben ein solches Tarifverstoß im dortigen Ortsstatut verhandelt werden sollte, ein überiges tun zu müssen, nach der Entscheidung von der Höhe, die so schwer gewesen ist, daß sich die Rollen gebogen hätten, gegen den Arbeitgeber und Obmann unserer Organisation anzubringen. Darauf nahm ich Kenntnis der Arbeiterorganisationen nicht nur dem Gesamtstatut, sondern auch dem Statut zu München, wurde dann in diesem Falle doch von einer Klageerhebung nicht abgesehen.

Der Vorwurf aber, daß die Herren Winter und Thoma einen solchen Vorwurf, nämlich, daß sie in der Sitzung des Gesamtstatuts gelogen hätten, nicht zu belegen, wenn man die Tatsachen sorgfältig eingesehen:

1. Die Herren Malermeister Theodor Winter und Karl Thoma nehmen die gemachten Äußerungen, als in der Aufregung und auf Grund falscher Informationen gebraucht zu haben, mit Bedauern zurück.

2. Herr Winter nimmt außerdem die Wortbeleidigungen zurück und leistet Abbitte.

3. Die Herren Th. Winter und K. Thoma übernehmen sämtliche Kosten des Rechtsstreites, Auslagen des Privatklägers usw.

Nachdem unser Obmann im Ortsstatutamt Würzburg auf die schweren Beleidigungen des Herrn Winter antwortete: „Ich bin doch mehr Gentlemen wie Sie“, wurde zu gleicher Zeit auch dies zurückgenommen.

### Baugewerbliches.

An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter.

Verte Kollegen! Wie alljährlich, so soll auch in diesem Jahre in der Zeit vom 1. bis 15. November eine Kontrolle der Herbst- und Winterbauten stattfinden. Unter Angabe der benötigten Zahl werden Fragebogen und Zusammenstellungsformulare von der unterzeichneten Kommission zur Verfügung gestellt. Hierbei möge zu beachten sein, daß nicht mehr Fragebogen verlangt werden, als zurzeit nach der Zahl der drückenden Bauten notwendig sind. Das Ergebnis dieser Erhebungen, in besonderer Beziehung zur Dichtung der Bauten usw., soll den Arbeitervertretern in den Parlamenten als Material übermittelt werden. Zu diesem Zweck ist erforderlich, daß aus jedem beteiligten Ort ein ausgefülltes Zusammenstellungsformular hier eingesandt wird.

Mit Gruß

Die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission.

J. A. G. Heintze.

Berlin SO. 16, Engelauer 15 IV.

### Gewerkschaftliches und Soziales.

Außerordentlicher Verbandsstag des Bauarbeiterverbandes. Um über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Baugewerbe zu beschließen, beruft der Zentralvorstand des genannten Verbandes zum 1. und 2. Dezember einen außerordentlichen Verbandsstag nach Hamburg ein.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband beschäftigt diese Organisation bereits seit Jahresfrist. Die Frage steht jetzt erneut wieder zur Verhandlung. Im Herbst v. J. wurde in dem Verbandsorgan, dem „Grundstein“, eine sehr eingehende Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung geführt, aus deren Verlauf sich eine Vorlage des Verbandsvorstandes an den ordentlichen Verbandsstag in Jena im Januar dieses Jahres entwickelte. Auf diesem Verbandsstag wurde in Rücksicht auf die bevorstehende allgemeine Tarifbewegung im Baugewerbe die Frage der Einführung nur im Prinzip erledigt und die Vorlage selbst zur Umarbeitung einer Kommission überwiesen. Im übrigen wurde die Angelegenheit auf einen späteren Verbandsstag verlagert, der über die Lohnbewegung zu entscheiden hatte. Auf diesem außerordentlichen Verbandsstag, der im Mai d. J. in Berlin stattfand, fand die in manchen Punkten verbesserte Vorlage nicht die Zweidrittelmajorität der auf dem Verbandsstag anwesenden Delegierten, die für die endgültige Annahme vorgesehen war, und so wurde die Vorlage mit 154 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Im Anschluß an diese Ablehnung fand ein Antrag Annahme, wonach die Kommissionsvorlage im „Grundstein“ veröffentlicht werden sollte, um den Zweigvereinen Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben. Wenn sich bis zum 1. Oktober d. J. mindestens ein Viertel der Zweigvereine für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aussprechen werde, dann sollte damit der Verbandsvorstand beauftragt sein, einen außerordentlichen Verbandsstag einzuberufen. Diese Bedingung ist jetzt erfüllt. Es haben sich bis zu dem angeführten Termin rund 500 Zweigvereine für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen, in denen über die Hälfte der Verbandsmitglieder eingetragen sind. Der Verbandsvorstand wird deshalb einen außerordentlichen Verbandsstag einberufen, der zu Anfang des Monats Dezember in Hamburg abgehalten werden soll. In Vorschlag bringt der Vorstand die von der Kommission seinerzeit angefertigte Vorlage. Da er nach reiflicher Erwägung sich nicht hat entschließen können, irgendwelche Änderungen vorzunehmen, die nach den früheren Anträgen aus den Zweigvereinen auf Zahlung der Unterstützung für das ganze Jahr usw. hinausläufen, so soll in den Monaten Januar und Februar keine Unterstützung gezahlt werden. Die Unterstützungssätze sollen nach einer zweijährigen ununterbrochenen Mitgliedschaft und Leistung von 88 Wochenbeiträgen nach zweijähriger Mitgliedschaft und bei einem Beitrag von 40 Pfg. täglich 7 Pfg. betragen und sich von zwei zu drei Jahren bis zur Mitgliedschaft von acht Jahren oder darüber auf 90 Pfg., 105 Pfg. resp. 120 Pfg. steigern. Die Unterstützung erhöht sich bei den Beitragsjahren bis zu 90 Pfg. auf 140 Pfg., 150 Pfg., 170 Pfg. resp. 185 Pfg. je nach der Mitgliedschaftsdauer und soll für 43 Tage im Verlauf eines Jahres mit der herein bezeichneten Ausnahme gezahlt werden. Wenn der Verbandsstag diesmal die Einführung beschließt, soll die Unterstützung mit dem 1. Juli 1914 beginnen für alle Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, soweit sie an diesem Tage die vorgesehene Karenzzeit in der Organisation zurückgelegt haben.

**Zwanzigjähriges Jubiläum des Schneiderverbandes.** Am 3. Oktober blühte die Organisation der Schneider auf ihr zwanzigjähriges Organisationsjubiläum zurück. Vom 5. bis 7. August 1893 tagte in Erfurt ein Kongreß der Schneider, der zur Gründung einer einheitlichen Organisation einberufen worden war. Als Vorläufer dieser neu gegründeten Organisation galten der Allgemeine deutsche Schneiderverein, der ebenso wie sein Verbandsorgan „Der Fortschritt“ 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Ein Verband der Schneider-Fachvereine, der 1891 gegründet wurde, wurde im darauffolgenden Jahre wieder aufgelöst, während die lokalen Fachvereine bestehen blieben. Darauf trat der Reichsunterstützungs-

verband der Schneider Deutschlands ins Leben, eine Organisation, die aber zur Interessenvertretung der Schneider nicht ausreichte. Deshalb wurde am 1. Oktober 1898 der neue Verband gegründet, der allerdings anfänglich auch noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Doch die Mitgliederzahl stieg bis zum Jahre 1899 bereits auf 10.806. Darauf folgte eine Zeit des Stillstandes und zeitweisen Rückganges, so daß 1892 nur noch 6272 Mitglieder gezählt werden konnten. Doch bald ging es wieder bergan, wenn auch sehr langsam. Im Jahre 1898 war die frühere Mitgliederzahl noch nicht ganz erreicht, im Jahre 1899 wurde sie aber überholt; sie betrug am Schluß des genannten Jahres 11.778. Am Schluß des zweiten Quartals 1913 zählt der Verband jetzt 50.106 Mitglieder, darunter 9912 weibliche. Seit 1. November 1907 gehören auch die Wäschearbeiter und -arbeiterinnen (513 männliche und 2936 weibliche) dem Verbands an. Der Verband hatte schwere Kämpfe durchzuführen. So 1896 den großen Konfektionsarbeiterstreik, der die öffentliche Meinung sehr stark erregte und besonders die Zustände in der Heimarbeit ausdehnte. Ihm folgten später, 1905 und 1907, größere Aussperrungen durch den Unternehmerverband, außerdem noch umfangreiche Streiks in der Herrenkonfektion in Aachen, Berlin, Breslau, Elberfeld, Frankfurt a. M., München, Stuttgart und Stuttgart; ferner in der Damenkonfektion in Berlin und in der Wäscheindustrie in Elberfeld. Diese großen Kämpfe erschöpften die materiellen Mittel des Verbandes so stark, daß 1905 die Verbandskasse fast leer war und 1907 sogar ein Darlehen von über 100.000 Mk. aufgenommen werden mußte. Durch Erhöhung der Beiträge und durch eine Steigerung der Beitragszahlung war es möglich, den Bestand der Hauptkasse im letzten Quartal auf annähernd eine Million Mark zu bringen. So wie die Mitgliederzahl gestiegen ist und die finanziellen Verhältnisse sich gebessert haben, so konnten auch die Arbeitsverhältnisse für die Berufsangehörigen verbessert werden; besonders die Entwicklung des Tarifvertragswesens ist im Gewerbe eine erfreuliche. Wurden früher die Vertreter des Verbandes von den Unternehmern schroff zurückgewiesen, so werden sie heute als gleichberechtigte Faktoren bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt. Eine Ausnahme davon machen nur die Unternehmer in der Damenkonfektion, deren Produktion fast ausschließlich auf das Zwischenschleifer-System und die Ausbeutung der Heimarbeiterinnen aufgebaut ist. So sind die letzten 25 Jahre deutscher Schneiderbewegung eine Zeit mühevoller Organisationsarbeit und schwerer Kämpfe gewesen. Die Angehörigen des Gewerbes haben aber gewiß alle Ursache, sich der unter so schwierigen Umständen und mit so vielen Opfern erungenen Erfolge zu freuen. Alle, die an dem Aufbau und an dem Fortschritt des Verbandes gearbeitet haben, werden sich am Jubiläumstage des bisher Erreichten freuen und zugleich geloben, weiter zu agieren und zu wirken, damit der Verband seine ihm gestellte Mission noch in besserem Maße erfüllen kann.

### Flüchtig Jahre sozialdemokratischer Rückgang.

Der diesjährige Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat zahlreiche Gegner der Arbeiterbewegung bekanntlich in hessen Jubel versetzt. Nun habe nach Jahrzehnten unerhörten Aufschwunges offiziell klipp und klar festgestellt werden müssen, daß in der Entwicklung der Partei ein Stillstand eingetreten sei. Unwiderlegliche Zahlen bewiesen, daß die rote Fahne an Verbetraff eingebüßt habe, daß es selbst um die Finanzen der Partei des Umsturzes windig stehe und daß der deutschen Arbeiterschaft mithin nach so langer Zeit der Verblendung endlich die Augen aufgingen. Wenn die guten Leute die Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation ein wenig genauer kennen, würden sie weniger laut frohlocken. Die Aufwärtsbewegung der Partei ist noch nie ohne Kurven vonstatten gegangen; immer gab es, bald an der einen, bald an der andern Stelle einen Rückgang; und diese Erscheinungen bewirkten dank der Kurzsichtigkeit unserer Feinde, daß man ungefähr ebensolange als die Sozialdemokratie überhaupt besteht, ihren Rückgang beweisen sehr kann.

Das Vergnügen solcher Beweisführung wurde der bürgerlichen Presse wesentlich dadurch erleichtert, daß drei Jahrzehnte hindurch überhaupt keine Statistik über den Mitgliederbestand der Gesamtpartei geführt wurde. Im Jahre 1876 mußte die preussische Polizei das benötigte Vereinsgesetz zum Schutz aus, die Organisation der sozialdemokratischen Partei für aufgelöst zu erklären, und um den Behörden keine Gelegenheit zur Anwendung jener Gesetzesparagrafen zu geben, die das Verbindungsverbot für politische Vereine aussprachen, sah die Parteileitung auch in späteren Jahren, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, von umfassenden statistischen Aufnahmen über den Mitgliederbestand ab.

Wir brauchen da gar nicht auf die ersten Zeiten der Partei zurückzugreifen, auf jene Tage, wo z. B. Dorn das Eingeständnis machte, daß der Ausschluß der sozialdemokratischen Partei die Geschäftsführung ohne einen Pfennig in der Kasse übernommen habe, und ferner der schwere Vorwurf im Geschäftsbericht laut wurde, daß die große Masse der sich Parteimitglieder nennenden Arbeiter es einer kleinen Minderheit allein überlasse, die Lasten zu tragen. Von dieser Zeit unterscheidet sich dann merkwürdig günstig jene Periode, unter der nach dem Willen der Herrschenden die Sozialdemokratie mit Haut und Haar vernichtet werden sollte. Als das Sozialistengesetz abgelaufen war, konnte der Parteiführer dem Parteitag zu Halle mitteilen, daß trotz aller schweren Opfer, die der zwölfjährige Ausnahmestand gefordert hatte, am 1. Oktober 1890, außer eilichen für besondere Zwecke gebildeten Unterstützungs-fonds, ein Vermögungsbestand von 171.820 Mk. vorhanden war. Zieht man die großen Entwürfe in Betracht, die sich damals der Organisation entgegenstellten, so ist das eine Summe, die dem Opfermut der verfolgten und geknechteten Parteigenossen das ehrenvolle Zeugnis ausstellt.

Aber bald kamen andre Tage. In seinem Bericht an den Parteitag zu Gotha 1896 klagte der Parteivorstand, daß die Organisationen ganzer Orte und Wahlkreise ihre parteigenössischen Pflichten in der größtmöglichen Weise vernachlässigten; leider seien es hiesig gerade die ältesten Parteimitglieder, die in dieser Hinsicht mit schlechtem Beispiel vorangingen; ebenso klagte der Parteiführer auf dem Parteitage zu Hamburg 1897, daß es mit der Pflichtvernachlässigung so nicht weiter

gehen könne. Wenn nun auch ein Jahr später dem Parteitag zu Hannover berichtet werden könnte, daß es um die Finanzen günstiger stehe, so mußte der Kassierer Gerisch doch betonen, daß eine große Masse von Parteiorientierten gar nicht, eine Anzahl größerer Parteiorientierter nur mit minimalen Beiträgen in der Liste verzeichnete. Erst auf dem Parteitag von Dresden 1903 konnte Gerisch voller Befriedigung der Mitgliedschaft im Lande das Lob erteilen, daß es so wie im verflochtenen Jahre immer weiter gehen solle. Die Einnahmen des Parteikassierers hatten in diesem Wahljahre 628 247,23 Mk. ergeben, und fast ebenso hoch, nämlich auf 620 792,91 Mk. stellten sich die Einnahmen im folgenden Jahre. Aber in die Genugtuung über diese Einnahmen mischte sich im Bericht des Kassierers auf dem Parteitag zu Bremen 1904 bereits die Bemerkung, daß der gute Kassenschluß einen förmlichen Sturm auf die Parteikasse hervorgerufen habe; und wiederum ein Jahr später sagte Gerisch in Jena: „Selbst große Wahlkreise mit reichen Mitteln und großen Reserven liefern auch nicht einen Pfennig an die Gesamtpartei ab, während unsere ärmsten Genossen aus den Weiberbörsen des Sülzgebirges sich durch eine geradezu rührende Opferwilligkeit auszeichnen. Ueblicher Tadel traf die Parteigenossen einzelner Orte auch auf dem Parteitag zu Mannheim 1906, bis dann der Parteitag zu Leipzig 1909 bestimmte, daß mindestens 20 Proz. der erhobenen Mitgliedsbeiträge an die Zentralkasse abgeführt werden müssen.

Frägt man nach der Bedeutung der oft scharfen Mahnungen, die der Parteivorstand an die Genossen richtete, so findet man, daß sie zwar in jeder Hinsicht eine innere Berechtigung hatten, daß aber Zweck und Wirkung der Mahnungen darin bestanden, die Mitgliedschaft der Partei zu immer höherer Pflichterfüllung anzuhalten. Beurteilt man den Parteivorstand das Ergebnis des diesjährigen Kassenschlusses dahin, daß er zwar nicht ungünstig sei, daß aber die Einnahmen an Beiträgen aus den Organisationen nicht befriedigend genannt werden können, so geschieht das gleichfalls in der Absicht, das Gewissen der Parteimitglieder dort zu schärfen, wo es nötig ist. Und ebenso steht es um die Feststellung der ungenügenden Mitgliederzunahme im verflochtenen Geschäftsjahr. Immer hat noch die Sozialdemokratie Jahr für Jahr neues Gebiet zu erobern gewußt, und zwar nicht zum wenigsten aus dem Grunde, weil ihre Anhängerschaft die Mahnungen der Parteileitung ernst nahm. So wird es auch fortan sein.

Genossenschaftliches.

Der genossenschaftliche Großeinkauf auf dem Vorkauf. Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die im Juni in Dresden stattfand, beschloß eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals von zwei Millionen Mark. Schon am 22. September dieses Jahres konnte die erfolgte Erhöhung des Kapitals in das Hamburger Handelsregister eingetragen werden. Es waren an diesem Tage nicht nur die zwei Millionen Mark gezeichnet. Die Erhöhung des Kapitals wurde von den angeschlossenen Genossenschaften um 1 136 500 Mk. überzeichnet. An der Zeichnung beteiligten sich 577 Konsumvereine, darunter 87 Vereine, die der Großeinkaufsgesellschaft bisher nicht angehört hatten. Im Einverständnis mit den Zeichnern werden die durch die Ueberzeichnung nicht gebrauchten Beträge für eine spätere Kapitalerhöhung vorgemerkt. Die auffallend hohe Ueberzeichnung des gewünschten Kapitals wird den Anwesenden vielleicht eine Ueberzeugung sein, dem Konsumgenossenschaftler beständig sie lieblich das Vorhandensein jenes echten genossenschaftlichen Geistes, der stets bereit ist, genossenschaftliche Arbeit fortzuführen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, das gemeinsame Unternehmen aller ihr angeschlossenen Konsumvereine, darf stolz sein auf das Vertrauen, das man ihr, nicht nur in diesem Fall, entgegenbringt. Dieses Vertrauen ist schließlich nur der Ausdruck der Zufriedenheit des organisierten Konsums mit der Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft. Hoffen wir, daß alle von der Großeinkaufsgesellschaft geplanten Arbeiten so schnell ihre Erledigung finden können, daß recht bald neues genossenschaftliches Kapital zu neuen Arbeiten im Dienste des organisierten Konsums herangezogen werden kann.

Gerichtliches.

Die Sache des Streikbrechers. Mit was für Elementen sich die Arbeitgeber behelfen, um die vom Zaune gebrochene Aussperrung durchzuführen zu können, zeigte eine Verhandlung an der Frankfurter Strafkammer. Während der Aussperrung hatte die Firma Roth für die Postarbeiten auszuführen. Unter den „tüchtigen Kräften“, von denen sie für die Reichspost Maler- und Weißbinderarbeit ausführen ließ, befand sich auch der 27jährige Schlosser Ludwig Böller, der natürlich vom Handwerk so viel verstand, wie das Huhn vom Schwimmen. Aber als Streikbrecher war er immer noch zu gebrauchen. In einer Veröffentlichung der Frankfurter Arbeitgeber konnte man lesen, daß ihnen 200 Schiffe zur Verfügung ständen! Böller mußte natürlich wieder gehen, als die Aussperrung zu Ende war. Aber er lehrte noch einmal zurück, und zwar in der Nacht zum 4. Juli. Da erbrach er den Zellerraum, in dem die Kollegen ihre Arbeitskleider aufbewahrten, und nahm eine Jacke und eine Hose. Vor der Strafkammer behauptete er, das habe er aus Rache getan, weil ihm die Streikenden, um ihn am Arbeiten zu verhindern, seine Arbeitshose beiseite geschafft hätten. Das Gericht schätzte diese Ausrede richtig ein und löschte den Nachkollegen wegen Einbruchsdiebstahls drei Monate ein.

Dom Ausland.

Oesterreich.

Prag. Die Maler stehen in Lohnbewegung, deshalb ist Prag für alle Maler gesperrt.

Bosnien.

Sarajewo ist für Maler und Anstreicher gesperrt, da die gesamte Arbeiterschaft in Lohnbewegung steht.

Rizza. Der Zugang nach Rizza ist streng zu meiden, da die gesamte Arbeiterschaft in Lohnbewegung steht.

Verschiedenes.

Die Fachpresse auf der Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914. Auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 wird die Fachpresse zum ersten Male in ihrer Gesamtheit auftreten und zeigen, wie groß der Einfluß sie auf unser heutiges Wirtschafts- und Kulturleben, auf Staat und Gesellschaft, Industrie und Handel, Kunst und Wissenschaft ausübt. In drei Teile wird sich diese Gruppe gliedern: In der Kollektivausstellung werden die wissenschaftlichen Fachblätter, die Blätter für Handel, Gewerbe und Industrie, die Organe des Verkehrsweesen, die Fachblätter der einzelnen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen, die Sportzeitungen usw. vertreten sein. Die Einzelausstellungen sollen die Tätigkeit, die Ziele und die Erfolge eines bestimmten Verlegers vorführen. Der „Tempel der Fachpresse“ endlich wird den historischen Werdegang und die wirtschaftliche Bedeutung der Fachpresse zur Darstellung bringen; er wird so ausgestattet sein, daß er zugleich dem Besucher ein modernes Redaktions- und Expeditionszimmer zeigt. Einzelne Nummern und ganze Jahrgänge einer Zeitschrift, Illustrationen, Verlagsstatistiken, die zahlenmäßig und geographisch die Verbreitung der Zeitschriften dartun, Reklamendrucke aller Art, die jeweils einschlägige Fachliteratur, Porträts bedeutender Verleger und Autoren werden die Ausstellung beleben. Zweckmäßig eingerichtete Leserräume werden Gelegenheit bieten, in Ruhe einzelne besonders interessierende Zeitschriften und Bücher einzusehen. Zur Organisation und Ausgestaltung der Gruppe ist ein besonderer Arbeitsausschuß gebildet worden, dem die Herren Wilhelm Diebener als 1. Vorsitzender, Georg Elner als 2. Vorsitzender, Oskar Goettel als Schriftführer, ferner die Herren G. D. H. Gallewey, München, M. Fiedler, Leipzig, Th. Martin, Leipzig und Dr. J. Meißner, Heidelberg, angehören.

Neues für Briefmarkensammler! Als Wetterwinkler war von jeher der Balkan zu betrachten, aber was sich die Balkanvölker jüngst untereinander geleistet haben, übersteigt die Grenzen alles bisher Dagewesenen. Zumal auf philatelistischem Gebiete treten die Gegensätze scharf hervor. Montenegro und Griechenland haben es mit kluger Berechnung verstanden, ihren Staatsäckel durch Herausgabe neuer Marken zu füllen und so einen Teil der Kriegskosten auf die Schultern anderer zuwälzen. Montenegro hat wenigstens durch Aufwendung einiger Mittel einen neuen Satz Marken im Kennwerte von 10,78 Berper = 9,16 Mk. geschaffen, dagegen machte sich Griechenland die Sache sehr leicht und wußte sich auf einfachere Weise zu helfen. Es verließ die griechischen Marken, um den Einwohnern der besetzten türkischen Provinzen die Oberhoheit Griechenlands begreiflich zu machen, mit dem Aufdruck „Griechische Verwaltung“ und schuf so verschiedenartige Neuheiten. Der Aufdruck verlief zunächst von unten nach oben und schließlich in umgekehrter Richtung: von oben nach unten. Zuerst zeigte sich die Aufschrift in schwarzen und später in roten Lettern. Benutzt wurden ältere und neuere Marken, gleichviel ob solche in Kupfer- oder Steindruck in Frage kamen. Auch vorgefundene türkische Markenbestände wurden dieser Umwandlung preisgegeben. Das geschäftstüchtige Griechenland hat auf diese Weise über 140 Neuheiten geschaffen, die Äthener und Pariser Händler zu wirklichen Rhamantispreisen (bis zu 1200.— Mk. pro Satz) an den Mann zu bringen suchen. Vorsicht ist auf alle Fälle geboten, denn diese hochgeschraubten Preise gehen furchtbar herunter und ein Ankauf dieser Spekulationsmarken ist daher keineswegs zu empfehlen. Außer diesen Aufdruckmarken ist Griechenland noch mit einer einwandfreien Serie von Kriegserinnerungsmarken in zwei verschiedenen Zeichnungen herausgegeben. Die eine Zeichnung stellt einen fliegenden Adler dar, der in Schnabel und Klauen eine sich windende Schlange hält, die andre zeigt das berühmte leuchtende Kreuz, das Labarum, das einst Konstantin dem Großen am Tage seines Sieges über Maxentius erschienen sein soll und von ihm fortan als Zeichen mit der Aufschrift I. H. S. V. (in diesem Zeichen wirst du siegen) geführt wurde. Die gemeinsten Neuheiten, soweit sie der Klasse der Hauptarten angehören, finden im Schaubel-Normal-Album, Verlag E. F. Lände in Leipzig, Aufnahme, während alle Aufdruckmarken und sonstigen geringfügigeren Unterschiede im Schaubel-Abarten-Album (dem vollständigsten Album für Spezialsammler) plaziert werden.

Erzählendes.

„In freien Stunden“. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin. Jede Woche erscheint ein illustriertes Heft zum Preise von 10 Pfg. Als Hauptroman gelangt gegenwärtig der Abenteuerroman „Solo“ von Friedrich Gerstäcker zum Abdruck, der in den Kreisen der Abonnenten mit großem Interesse gelesen wird. Probenummern stehen vom Verlag freispendend zur Verfügung. „Der Morgen graut“. Erzählungen aus dem Proletariat. Von M. Jensen-Negö. Der Verlag Buchhandlung Vorwärts bringt soeben in der Buchreihe

Vorwärts-Bibliothek einen Band des so schnell bekannt gewordenen Dänen Andersen-Negö. Das Buch umfaßt einige der besten Erzählungen des Autors und zwar: Das Paradies. — Der Lotterieschwabe. — Die Mär vom Glück. — Zwei Frauen. — Löhnungsstag. — Eine Frauenrevolution. — Die Zugvögel. Der vorliegende Band der Vorwärts-Bibliothek kostet — wie alle früher erschienenen Bände dieser Serie — gut gebunden 1 Mk. Zu beziehen ist die Vorwärts-Bibliothek in allen Buchhandlungen.

„Mit roten Brillen“ vor den Augen quadt Hans Bernauer, der bekannte und beliebte Arbeiterhumorist in die Welt. „Mit roten Brillen“ betitelt sich die Sammlung erster und betterer Vorträge für gefällige Arbeiterkreise, die er eben im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung hat erscheinen lassen. Mit echtem Humor und mit beißendem Hohn geißelt Bernauer in Versen und in Prosa die Schwächen der heutigen Gesellschaft. Das gut ausgestattete Büchlein zählt 64 Seiten. Den Freunden gesunden Humors und ähnden Spottes, den Vorlesern in den Arbeiterorganisationen wird das Büchlein willkommen sein. Wo diese Neuerscheinung nicht zu haben sein sollte, da empfiehlt sich die Einlieferung von 70 Pfg. (60 Pfg.) in Briefmarken an die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18, worauf sofortige Francozusendung erfolgt.

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Bericht der Hauptkasse vom 7. bis 13. Oktober.

Eingekandt wurden an die Hauptkasse: Bayreuth 468.70, Koblentz 1.40, Weimar 477.55, Hannover 2000, Potsdam 360.31, Erfurt 832.84, Bremen 1500, Altona 496.83, Coblenz 470.—, Friedberg 650.—, Jena 410.15, Halle 1000.—, Mühlhausen 826.80, Cassel 1300.—, Wesel 70.70, Meerane 244.27, Weiden 259.90, Grünberg 144.05, Kempten 150.—, Passau 80.02, Regensburg 220.—, Rostock 300.25, Reg 50.—, Döbeln 140.—, Magdeburg 1500.—, Oberlein 12.80, Hamburg 12 100.—, München 4322.46, Schleswig 250.25, Lüneburg 84.26, Reife 200.—, Spremberg 150.75, Weida 133.70, Braunschweig 2265.55, Fürstenwalde 93.60, Königsberg 4000.—, Augsburg 253.42, Zwickau 800.—, München 36.—.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. W. = Wokasse. R. = Kalender. D. = Duplikatmarken. E. = Eintrittsmarken.

Ausschaffungen 5 D.; Augsburg 40 R.; Coblenz 40 R.; Euxhaven 300 B. & 110 J., 10 E.; Darmstadt 20 R.; Gotha 100 B. & 45 R.; Hildesheim 800 B. & 75 R.; 400 B. & 115 J.; Karlsruhe 150 R.; Leipzig 200 R.; Lorch 25 R.; Marburg 10 R.; München 400 R.; Passau 10 R.; Worms 40 R.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Johann Laubert, Buchn. 11302, bez. bis 30. Woche 1913, Hamburg; Josef Kraft, Buchn. 20480, bez. b. 32. W. 1913, Heilbronn; Bernh. Reubel, Buchn. 79620, bez. b. 37. Woche 1913, Leipzig; Josef Müller, Buchn. 84803, bez. b. 18. Woche 1913, Mainz; Herm. Lüderig, Buchn. 85294, bez. b. 36. W. 1913, Magdeburg; Alf. Hermann, Buchn. 86209, bez. b. 33. W. 1913, Duisburg; Karl Wiedemann, Buchn. 92581, bez. b. 26. W. 1913, Stuttgart; Josef Rieder, Buchn. 21256, bez. b. 24. W. 1913, Aichaffenburg; Erich Neumann, Buchn. 21498, bez. b. 30. W. 1913, Bremerhaven; Gust. Guminati, Buchn. 25886, bez. b. 38. W. 1913, Hannover.

Die Woche vom 19. bis 25. Oktober ist die 43. Beitragswoche. G. Wenter, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Vergleichsweise Hauptkasse Nr. 71)

Bericht der Hauptkasse vom 28. September bis 11. Oktober 1913.

Ueberschüsse wurden von folgenden Verwaltungen eingekandt von: Kuh in Epenid 75 Mk., Baganz in Friedrichshagen 100 Mk., Fooken in Danzig 50 Mk., Spiering in Wegejad 80 Mk., Heinle in Altona 100 Mk., Bartels in Bergedorf 50 Mk., Schmidt in Ober-Schönweide 100 Mk., Wolfersdorf in Finsterwalde 50 Mk., Brandt in Hamburg I 100 Mk.

Zufüsse wurden abgekandt an: Bösel in Fürth 50 Mk., Kaufhold in Weiskene 50 Mk., Sommer in Köln 150 Mk., Marzlein in München 300 Mk., Otto in Elberfeld 50 Mk., Vertram in Hannover 100 Mk., Linjenmeyer in Nürnberg 200 Mk.

Krankengelder erhielten: Buchn. 22507, A. Eichhorn in Pforzheim, 13.50 Mk.; Buchn. 17272, E. Binfler in Smünd, 54 Mk.; Buchn. 3371, G. Anaal in Steglitz (an die Landesversicherungsanstalt „Berlin“) 46.70 Mk.; Buchn. 14529, O. Eblinger in Landeshut in Schlesien, 13.50 Mk.; Buchn. 5552, G. Schwarz in Oberkautungen, 27 Mk.; Buchn. 36430, S. Koch in Neuruppin, 13.50 Mk. Erlöse die Abrechnungen vom dritten Quartal umgehend einzufenden. F. Warden, Kassierer.

Durch Verzug nach Berlin hat der Obmann des Ausschusses, Kollege Friedrich Bartels, seinen Posten niedergelegt und ist ab 1. Oktober 1913 als Obmann des Ausschusses der Kollege Friedrich Sinderen in Hamburg Jordanstraße 62, 3. Etg., bei A. Trautsch, gewählt worden. Alle Bescheidungen über den Vorstand und Schiedsgerichtssachen sind an diese Adresse zu richten. Der Vorstand.

Der Maler-Kalender für 1914

herausgegeben vom Vorstand des Verbandes

ist erschienen. — Die Verwaltungen werden ersucht, umgehend ihre Bestellungen aufzugeben. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten. — Preis 50 Pfg. pro Exemplar. — Bei Bestellung von mindestens 10 Exemplaren kostet der Kalender pro Stück 45 Pfg. Einzelbestellungen ist das Porto von 10 Pfg. beizufügen.

Finale Hamburg!

Der Arbeiterbewegung ist der Maler- und Lackierer-Verband in Hamburg (Zentraler Gewerkschaftsverband) im Jahre 1913 ein glänzendes Jubiläum gefeiert. Am 1. Oktober 1913 wird der 10. Jahrestag der Gründung des Verbandes gefeiert. Dieser Arbeitstag wird durch einen großen Festakt im Arbeiterpalast und der Parteilichen Gesellschaft eröffnet werden. Wir erlauben uns die Mitglieder einzuladen, nur diesen Arbeitstag in Anspruch zu nehmen. Eintragungen für die Festfeier sind bis zum 1. Oktober zu machen. Der Vorstand.

1 od. 2 jüng. Goldarbeiter

nach dem Herz in gute Winterarbeit, event. auf dauernde Beschäftigung gesucht. Es wird nur auf gute Goldarbeiter geachtet. Ersetzen unter M. B. 24 an die Erledigen des Rates.

